

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 16. September. Se. Majestät der König haben Allernädigst  
geehrt: Den Konfessorial-Rath, Superintendenten und Probst Heinrich  
in Breslau zum etatsmäßigen Mitgliede des Konfistoriums der Provinz  
Schlesien zu ernennen.

Der praktische Arzt Dr. Drees zu Meschede ist zum Kreis-Physikus  
des Kreises Meschede ernannt worden.

Der bisherige Post-Sekretär Theodor Adolf b. Cavall ist zum Ge-  
heimen revidirenden Kalkulator ernannt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Turin, Montag 15. Sept. Die „Gazetta ufficiale“ erklärt, daß die Regierung der Gerechtigkeit freien Lauf las-  
sen werde. Da aufständische Handlungen in mehreren Pro-  
vinzen stattgefunden haben, so bleibe nur übrig, einen Assi-  
senhof zu bestimmen, der das Urtheil über die Rebellen spreche.

Warschau, Montag 15. Sept. In der vom Adel unterzeichneten Adresse soll es unter Anderem heißen: Es  
sei die Meinung der Unterzeichneten, daß die gegenwärtigen strengen Maafzregeln keine Einigung hervorrufen würden; nur dann würde das Land zu einer Einigung kommen, wenn ihm die auf Grund des historischen Bodens verbrieften Rechte wieder bewilligt werden. Der Ton der Adresse soll ehr-  
furchtsvoll aber energisch gehalten sein.

## Ein Handwerker-Verein

für die Stadt Posen wäre denn also endlich auch begründet. Es ist dies ein sehr erfreulicher Zuwachs für unser überhaupt noch junges, der Pflege bedürftiges Vereinswesen, und, wenn wir auf den möglichen materiellen Nutzen blicken, wie es in heutiger Zeit, wo fast jeder mehr oder weniger Utilitarier geworden, natürlich ist, so darf dieser neue Verein, wenn er gedeiht, eine überwiegende Wichtigkeit in Anspruch nehmen. Eine freie Vereinigung des Handwerkerstandes, welche nicht nur ein gegenseitiges Band, sondern auch eine Stütze bilden, ist ein tieferes in der Zeit begründetes und altheits zum Bewußtsein gekommenes Bedürfnis. Mit der Ausartung der Zünfte, die in ihrer ursprünglichen Frische dem Handwerker Anregung, Belehrung und moralische Haltung verliehen, mit dem Zerfall derselben stand jener isolirt, auf sich selbst angewiesen. Nicht nur, daß er in seinem Beruf nicht vorwärts rückte, er entbehrt auch aller Vortheile einer solidarischen Gemeinsamkeit, einer Vertretung seiner Interessen nach Außen, ja selbst der Kenntniß der Letzteren. Wenn man heute unseres Handwerker in den kleinen Städten, wo noch keine gegenseitige Aufklärung die Begriffe geläutert hat, etwa die Frage vorlegen wollte, wie er sich verhält gegenüber der Maschinenkraft, wie er die Gewerbefreiheit oder das Kunstwesen ansiehe, so hat er entweder gar keine Antwort zu geben oder eine so stumperhaft, undurchdachte, daß sie ihm durch den Ersten Besten in's Gegentheil umgedreht werden kann. In diesem Zustande darf der Handwerker nicht verharren. Zunächst muß er sich darüber klar werden, was seinem Stande fromme, was zu den Bedingungen der Existenz und Blüthe des Handwerks gehört, dann wie man auf dem einfachsten Wege dahin gelange, diesen Bedingungen, jeder in seinem Kreise, zu entsprechen. Dazu aber gehört gegenseitige Verständigung, Besprechung unter den Berufsgenossen, gegenseitige Belebung und Anregung zum Fortschreiten, Austausch gemachter Erfahrungen und Entdeckungen. Dieser gegenseitige Austausch ersticht den kleinstlichen Handwerkerneid, welcher oft zerstört hat, was eine Vereinigung geschaffen, und sich als eigentlicher Krebseschaden des Handwerks fortgeschleppt hat. An seine Stelle soll in der Vereinigung das Wort Solidarität treten; die Solidarität, die Gegenheitlichkeit, die Standeslehre — das ist der Fortschritt des Handwerkers.

Die Statuten des gestern hier begründeten Vereins sind im Wesentlichen denen bereits bestehender Vereine nachgebildet, aber sie scheinen uns in einem Punkte zu liberal, indem zu bereitwillig Elemente zuge lassen werden, welche dem Handwerkerstande nicht angehören. Wenn selbst von dem leitenden Comite aus anerkannt werden mußte, daß die Benennung: „Handwerkerverein“ nicht ganz zutreffend, aber darum gewählt sei, weil die Mehrzahl der Vereinsmitglieder voraussichtlich dem Handwerkerstande angehören werde, so scheint uns darin eine Klappe für den Verein zu liegen, die ihm gefährlich werden kann.

Die Interessen des Handwerks dürfen nicht durch irgend welche andere Interessen, und wären diese auch an und für sich wohl berechtigt, überwogen und beeinträchtigt werden; das Handwerk ist hier die Achse, um welche sich Alles zu drehen hat. Durch den Zutritt der sogenannten Freunde des Handwerks, wenn sie nicht den positiven Beruf in sich fühlen, belehrend in dem Vereine zu wirken und eine bestimmte nützliche Thätigkeit in demselben zu entfalten, kann ihm nicht gedient sein. Intelligenzen sind dem Vereine zu seinem Gedeihen allerdings unentbehrlich, aber sie werden auch mit der Zeit aus dem Handwerkerstande selbst hervorgehen und populärer Vorträgen gewachsen sein. Anderenfalls kann der Verein, nach dem Beispiel seiner älteren Berliner Kollegen, auch außerhalb stehende Kapazitäten zur Übernahme von Vorträgen gewinnen, wobei er dann in der Regel die Garantie auch eines entsprechenden Erfolges haben würde. Aus Interesse für den Verein sprechen wir den Wunsch aus, daß er ein Handwerkerverein sein und bleiben möge, in der Sorge, daß heterogene Elemente ihn zersezten oder doch seine Wirksamkeit nach der Richtung hin lähmen möchten, welche die erfpräzischste und einzige wünschenswerthe für das Handwerk ist.

Aller Erfahrung nach werden Genossenschaften am dauerhaftesten auf bestimmte, greifbare Interessen gegründet. Wo sie fehlen, ist das Gedeihen jener von der wechselnden Zeitrichtung abhängig, und jeder

Sturm kann sie auseinanderwehen. In dem Handwerkerverein werden sich voraussichtlich die bindenden Interessen verstärken durch Errichtung einer Leihfasse und ähnliche dem Vereinsleben förderliche Institute, welche für die Nichthandwerker in demselben von keinem oder doch nur geringem Werthe sind. Schon aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich, daß dem Vereine vor allen Andern Mitglieder des Handwerkerstandes gewonnen werden und Andere nur, insofern sie eine bestimmte Beziehung in ihrer Lebensstellung zum Handwerk haben, gewissermaßen als Ausnahmen von der Regel.

## Deutschland.

**Preußen.** AD. Berlin, 15. Sept. [Die parlamentarische Situation; Reiseprojekt des Kronprinzlichen Paars; Kandidaturen für das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg.] Nach dreitägiger Debatte ist die Streitfrage über das Militärbudget noch immer einer Verständigung nicht näher gerückt. Die äußersten Zugeständnisse, zu denen sich die Regierung bisher bequemt hat, bestehen darin, daß sie der Reorganisation bis zur Gutheizung von Seiten der Landesvertretung nur einen provisorischen Charakter zuerkennet, daß sie die Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Principfrage für die nächste Session feierlich verfeiert und die Beweisung der Reorganisationskosten in das Extraordinarium des Staatshaushalts-Etats zulassen will. Am Freitag hatte Herr v. d. Heydt eine Neuerung gethan, welche von manchen Seiten dahin ausgelegt wurde, daß die Regierung nötigen Falles auch auf den vorgeschlagenen Ausweg einer Indemnitätsbill eingehen würde. Nach den neuesten Kundgebungen der Regierungsorgane ist jedoch ersichtlich, daß ein Antrag auf Indemnitätsklärung von Seiten des Ministeriums nicht zu erwarten steht, sondern daß die Regierung nur dagegen nichts einzuwenden haben werde, wenn das Abgeordnetenhaus die Budgetbewilligung für 1862 in die Form einer durch die vollendeten Thatsachen gebotenen Indemnität kleiden wolle. Andererseits sind die Stimmführer der Majorität entschlossen, die Kommissionsanträge aufrecht zu erhalten und die Vermittelungsvorschläge, sowohl den Reichensperger'schen wie den Stavenhagen'schen, abzuweisen. Noch vor wenigen Tagen hörte man in liberalen Kreisen die Hoffnung aussprechen, daß der Aufenthalt des Königs zu Karlsruhe und der Eindruck der dort erholtionen Wohlfahrt für die Regierung ausreichen könnte. Diese Erwartungen scheinen sich in keiner Weise verwirklicht zu haben. Vielmehr wird es immer zweifelsohne, daß der Monarch die Heeres-Reorganisation als eine unerlässliche Pflicht und somit als ein unabsehbares Programm seiner Regierung festhält, für welches er früher oder später die Zustimmung der Landesvertretung zu erhalten hofft. — Vor Kurzem hatten zuerst englische Blätter die Nachricht gebracht, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin im Herbst einen Ausflug nach dem Mittelmeere machen würden, und zwar mit dem Hinzuflügen, daß der Gesundheitszustand der Kronprinzessin den Aufenthalt in einem mildernden Klima nothwendig mache. Jetzt wird die Abgabe über das Reiseprojekt allerdings auch hier in amtlichen Kreisen bestätigt; doch versicherte man, daß es sich nur um einen kürzeren Ausflug zur Erholung für die hohe Frau handelt, daß jedoch die Gesundheit Ihrer K. H. in keiner Weise erschüttert ist. — In mehreren Blättern ist für das Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg bald Herr v. Patow, bald Herr v. Wintzingerode als Kandidat genannt worden. Nach zuverlässigen Mittheilungen darf ich Ihnen versichern, daß diese Kandidaturen keinerlei ernste Aussicht für sich haben.

Berlin, 15. Septbr. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König nahm heute Vormittags 11 Uhr auf Schloß Babelsberg die Vorträge des Geheimrathes Ilarie, des Generaladjutanten v. Alvensleben und des Majors v. Begeac entgegen und empfing dann mehrere hier eingetroffene Militärs. Nachmittags, nach Aufhebung der Tafel, machte der König in Sanssouci und in Glienicker Besuch. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind heute Morgens nach Reinhardtsbrunn abgereist und beabsichtigen dort so lange zu verweilen, bis die Königin Victoria von Großbritannien wieder heimkehrt. Vorläufig ist die Abreise der hohen Frau auf den 1. Okt. festgesetzt. Von einer Reise der Königin Victoria nach ihrem Schlosse Kramburg in Ober-Ostreich ist jetzt Alles wieder still. — Der Prinz Friedrich Karl ist gestern Abend nach Tilsit abgereist, wird dort einer Jagd auf Elchthiere bewohnen und Ende der Woche aus der Provinz Preußen nach Potsdam zurückkehren. — Im Hotel des Staatsministeriums fand gestern wieder ein Ministerrath statt, der von 12—4 Uhr dauerte. Heute Nachmittags fuhr der Minister v. Roon zum Könige nach Schloß Babelsberg. Der Minister Graf v. Bernstorff wird gleich nach dem Schluß der Session eine längere Erholungsreise antreten. Wahrscheinlich wird er alsdann ganz aus dem Kabinett treten und den seither erledigt gebliebenen Gesandtschaftsposten in London wieder übernehmen. Graf Bernstorff hat wenigstens diesen Wunsch, nach London zurückzukehren, schon wiederholt ausgesprochen. — Der Staatsminister a. D. v. Auerswald, welcher gegenwärtig bei seiner Tochter, der Gräfin zu Dohna, in Schlobien, Provinz Preußen, sich aufhält, gedenkt Ende Oktober von dort nach Berlin zu kommen und dann bis zum Winter seine Wohnung im Schlosse Bellevue zu nehmen. Seine Wohnung im hiesigen Schlosse ist bereits fertig und mit allem Komfort ausgestattet. — Die Offiziere von dem 2. Leib-Husarenregiment Nr. 2, vom 1. Ostpreuß. Grenadierregiment Nr. 1 und vom 2. Schl. Gren. Regt. 11, welche zu der im Neuen Palais zu Potsdam stattgefundenen Tauffeierlichkeit Einladungen erhalten hatten, sind bereits nach Posen, Königsberg und Breslau zurückgekehrt, nachdem sie zuvor noch von der Frau Kronprinzessin empfangen worden waren.

[Tagesnotizen.] Gerüchte von einer Vertagung des Hauses sind allgemein verbreitet, man erwartete sie schon für heute und zahlreiche Gruppen umstanden das Haus beim Herausgehen der Abgeordneten.

— Es heißt auch, der Handelsminister v. Holzbrück habe seine

**Zusätze**  
(1¼ Sgr. für die fünfgepa-  
teten Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expeditio-  
n zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

Entlassung eingereicht; er war heute nicht im Abgeordnetenhaus anwesend.

— Die Sonntags früh ausgegebene Nummer der „National-Zeitung“ und die des „Publicist“ ist polizeilich in Beischlag genommen worden, mutmaßlich wegen Besprechung der letzten Rede des Kriegsministers v. Roon.

— [Rechtsentscheidungen.] Nach §. 199 des Strafge-  
buchs soll Derjenige, welcher ohne vorschriftsmäßige Approbation die Heilung äußerer oder innerer Krankheiten gegen Belohnung unternimmt, mit einer Geldbuße von 5—50 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu 9 Mo-  
naten bestraft werden. Das Obertribunal hat neuerdings angenommen, daß diese Vorschrift auch dann Anwendung finde, wenn eine Belohnung nicht gegeben, sondern nur versprochen worden ist, und daß als Krankheit jedes körperliche Unbehagen oder Unwohlsein zu betrachten sei. Das Erkenntniß ist in dem neuesten Justizministerialblatt abgedruckt. — Dasselbe Blatt enthält noch ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, worin ausgeführt wird, daß bei einem durch Überschwemmung herbeigeführten Durchbruch von Dämmen und Deichen nicht die Gerichte, sondern die Verwaltungsbehörden darüber zu entscheiden haben, ob den übrigen Gemeinden des Deichverbandes gegenüber der Fall der Hilfsbedürftigkeit vorliege und event. welchen Beitrag dieselben zu entrichten haben.

Danzig, 13. Sept. [Marine.] Die Fregatte „Geston“, welche nunmehr auf der hiesigen Rhede vollständig armirt und ausgerüstet ist, wird wahrscheinlich am 17. d. M. von Sr. Königl. Hoheit dem Prinz-Admiral inspiziert werden. — Die Schraubenfregatte „Gazelle“ hat bereits Ordre erhalten, hierher zurückzukehren, um sich für eine mehrjährige Expedition nach Ostasien zu kompletieren und auszurüsten. (D. D.)

**Ostreich.** Lemberg, 11. Sept. [Trauergottesdienst.] Die „Lemb. Z.“ meldet, daß am 9. d. in der Kirche der PP. Bernhardiner ein Trauergottesdienst abgehalten wurde, den ein Herr für seinen verstorbenen Sohn bestellt hatte. Eine andere Auffklärung über das Wesen dieser Andacht habe aber ein Bettel gegeben, der vor Beginn der Andacht an der Kirchthür angeheftet wurde und den Gottesdienst dem Audenten der drei in Warschau hingerichteten Meuchelmörder gewidmet erklärte. Schon am Tage vorher sollen Bettel in derselben Form und mit dem nämlichen Inhalt wie der an der Kirchthür befindliche vertheilt worden. — Die Schraubenfregatte „Gazelle“ hat bereits Ordre erhalten, hierher zurückzukehren, um sich für eine mehrjährige Expedition nach Ostasien zu kompletieren und auszurüsten. (D. D.)

**Hannover.** 14. Septbr. [Hoymarschall v. Hedemann.] Die offizielle „N. Hamb. Z.“ enthält folgende Anzeige: „Der Hofmarschall und Reisemarschall Sr. Majestät des Königs, Generalmajor von Hedemann, welcher unter Anklage von Beträgereien und Unterschlagungen herrschaftlicher Gelder am 10. d. M. behufs kriegsgerichtlichen weiteren Verfahrens in Untersuchungsarrest gezogen worden war, hat diese Haft in der Nacht vom 10. zum 11. d. M. gebrochen und ist heimlich und zwar nach eingezogenen Erkundigungen mit dem nach Harburg abgegangenen Eisenbahngleise entwichen. Diese mit den Gesetzen der Ehre unverträgliche und den Verhafteten, wenn möglich, noch schwerer belastende Handlung hat dessen sofortige steckbriefliche Verfolgung veranlaßt.“ — Diese Notiz erregt hier begreiflich nicht geringes Aufsehen, obwohl ihr Inhalt dem Publikum nicht ganz neu war. Schon seit Monaten war Herr v. Hedemann außer Funktion gesetzt, und man wunderte sich höchstens, daß er frei umherging, da ganz allgemein von einem in jener Kasse entdeckten Deficit von 90—100,000 Thlr. gesprochen wurde.

## Großbritannien und Irland.

London, 13. Sept. [Die preußische Militärfrage.] Die „Times“ bringt heute einen Leitartikel über die preußische Militärfrage, der sich auf keine Details einläßt und überhaupt die Kontroverse von keiner neuen Seite beleuchtet. Der Schluß, zu welchem sie gelangt, ist folgender: „Die Krone würde am besten daran thun, sich mit keiner von beiden Parteien zu identificiren, sondern sich über beide zu stellen, und mit etwas Takt und Mäßigung nötigenfalls auch auf dem Wege des Kompromisses eine Frage zu erledigen, welche so lange sie eine offene bleibt, manche Elemente der Gefahr in ihrem Schoße birgt.“ — Diese Notiz erregt hier begreiflich nicht geringes Aufsehen, obwohl ihr Inhalt dem Publikum nicht ganz neu war. Schon seit Monaten war Herr v. Hedemann außer Funktion gesetzt, und man wunderte sich höchstens, daß er frei umherging, da ganz allgemein von einem in jener Kasse entdeckten Deficit von 90—100,000 Thlr. gesprochen wurde.

## Frankreich.

Paris, 13. September. [Unfälle zur See; Tagesnotizen.] In Bezug des Unfalls, der sich auf der Rhede von Gibraltar ereignet hat, macht der „Moniteur“ heute den wirklichen Sachverhalt bekannt. Die von Toulon am 2. resp. 5. September abgegangenen Linienschiffe „Fleurus“ und „Prinz Jerome“ hatten von Algier und Oran Truppen abgeholt, welche nach Mexiko übergeführt werden sollten. Als der „Prinz Jerome“ sich in der Meerenge von Gibraltar befand, bemerkte man an Bord Rauch, der aus dem Innern der Wandung kam. Man ging alsbald vor Anker, schlug Löcher in die Wandung und bewältigte das Feuer. In den ersten Tagen wird das Schiff nach Toulon zurückkehren können, um dort ausgebessert zu werden. Die an Bord gewesenen Truppen, welche beim Brände gleich ans Land gesetzt und von den englischen Behörden höchstens gefangen genommen wurden, sollen auf dem am 11. September von Cherbourg nach Gibraltar abgeschickten Transportschiff „Dryade“ wieder eingeschifft werden. Der „Fleurus“ kam seine Reise deshalb nicht fortsetzen, weil ihm bei einem Zusammenstoß mit dem Transportschiff „Charente“ das Bugspriet beschädigt und der Bordsteven gespalten worden ist. Er ist jetzt mit der ebenfalls havarierten „Charente“ zur Reparatur in Cadiz, von wo er nach Toulon zurückgeht. Von Brest ist das Linienschiff „Wagram“ eiligst ausgerüstet, nach Cadiz abgeschickt worden, um die Truppen des „Fleurus“ nach Mexiko weiter zu schaffen. Bei beiden Unfällen ist Niemand umgekommen, Niemand blessiert worden. — Laut Armee-Moniteur begeben sich, auf Wunsch der dänischen

Regierung, zwei Stabsoffiziere und ein Bataillonschef der Garde-Zuaven nach Schleswig, um den dort am 14. September beginnenden Mannövern beizuwohnen. — Aus Spriren wird telegraphisch von Alexandria, 11. September, berichtet, daß die Ruhe im Hauran wiederhergestellt ist.

— [Zur italienischen Frage.] Die „France“ bringt heute den dritten Brief Lagueronniere's unter dem Titel: „L'Europe et la Papauté“. Ein europäischer Kongreß soll zusammentreten und seine Unterhandlungen auf folgender Basis beginnen: 1) Theilung Italiens in drei Staaten, durch ein Föderativband verbunden; 2) Garantie des aus der Stadt Rom und dem Patrimonium des päpstlichen Stuhles gebildeten päpstlichen Territoriums durch den Kaiser; 3) Vorbehalt der Souveränität des Papstes über die Marken und über Umbrien, und eines Tributs, der von den Einkünften dieser Provinzen, deren Verwaltung einem der Souveräne Italiens anvertraut bleiben würde, bezahlt werden soll; 4) Militärische, diplomatische, gerichtliche Zoll- und Münzvereinigung aller Staaten Italiens. Benedig soll Delfreich verbleiben, ohne in den Staatenbund einzutreten. Das Haus Savoia soll die Territorien behalten, die es jetzt besetzt hat, natürlich mit Ausnahme Neapels, das einen andern Souverain (Murat) erhalten soll. Erst nach einer solchen Organisation Italiens wollen die Franzosen Rom verlassen, worauf die Großmächte eine Verlegung des römischen Gebiets als casus belli betrachten sollen. Falls das von Lagueronniere vorgeschlagene Programm von Rom oder Turin nicht angenommen werden sollte, will derselbe den Status quo so lange aufrecht erhalten haben, bis sich die Betreffenden eines Beserens besonnen haben. Fast scheint es, als sei die Kombination nur deshalb aufgestellt, um von vornherein durch die Unmöglichkeit ihrer Ausführung der Fortdauer des Status quo einen neuen Vorwand zu geben.

### Italien.

Turin, 13. Sept. [Cialdini.] Den heutigen Abendblättern zufolge ist es nicht wahr, daß General Cialdini, über die gegen Garibaldi zu befogende Procedur zu Rathe gezogen, zur Amnestie gerathen habe. Der General soll sich im Gegentheil wider die Amnestie ausgesprochen haben, indem dieselbe seines Erachtens geeignet sein würde, in Bezug auf die militärische Disciplin einen schlimmen Präcedenzfall zu bilden.

— Über das Befinden Garibaldi's laufen die letzten Turiner Depeschen im Ganzen beruhigend; aber man muß sich erinnern, daß diese Depeschen unter offizieller Kontrolle stehen und daß sie darauf berechnet sind, die ängstliche Theilnahme zu beschwichten, mit welcher ganz Europa das Schicksal des italienischen Volkshelden verfolgt. Die direkten Nachrichten aus Spezia stimmen nicht mit dem Inhalt der Turiner Depeschen überein. Die Kugel, welche in den Knöchel des rechten Fußes eingedrungen ist, sitzt festgelitten, und da sie nicht herausgezogen werden kann, so erscheint eine Amputation unvermeidlich. Hierüber sollen die Aerzte völlig einig sein, aber wegen des allgemeinen Zustandes von Schwäche, in dem Garibaldi sich befindet, scheuen sie sich, die Operation vorzunehmen.

### Rußland und Polen.

Warschau, 13. Sept. [Kreisräthe.] Nach einem nichtamtlichen Résumé des „Dziennik powiat.“ über die Thätigkeit der Kreistage erstreckt sich diese vorläufig mehrheitlich auf die Organisation der Volkschule. Ein Theil der Kreisräthe kommt der Regierung hilfreich entgegen.

### Griechenland.

— [Amnestie; Kanalprojekt.] Wie die „Indépendance“ meldet, hat der König sämtliche bei dem Aufstande von Nauplia befreitige Unteroßiziere begnadigt und auch eine Anzahl der kompromittirten Offiziere wieder in die Armee aufgenommen. — Von einer Durchstechung der Landenge von Korinth, so wie der Anlage eines neuen Hafens an der Westküste des Peloponnes ist stark die Rede.

### Vom Landtage.

#### Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 15. Sept. [47. Sitzung.] Um 9 Uhr 15 Min. von dem Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerthüre die Herren v. d. Heydt, v. Roon, v. Mühlner, Graf zur Lippe, Oberst v. Rose, Gen. Rath Sirtus, Graf Bernstorff, der Gen. Finanzrat Mölle. — Das Haus fährt in der Generaldebatte über den Militäretat fort; das Wort nimmt der Abg. Graf v. Bethusy-Huc gegen den Kommissionsantrag. Redner will den Streitpunkt in der Frage möglichst konzentrieren, er wird daher auch nicht über die Befugnisse der einzelnen Faktoren der Gesetzgebung sprechen. Von Gegnern selbst werde zugegeben, daß die Regierung vom verfassungsmäßigen Boden sich nicht entfernt habe: der Vorwurf, die Regierung habe das Haus aufgelöst, um die Budgetfrage zu verzögern, sei durch nichts begründet. Es sei zu beklagen, daß die Regierung keine Gesetzesvorlagen gemacht habe, denn sie gebe selbst zu, daß die Vorlage zu einem Definitivum erforderlich sei; es sei dies hauptsächlich aus präfessionellen Gründen zu klagen, denn mit diesem Gesetze würde sie die gegenwärtige Session bedeutend abgekürzt haben. Es sei ein Widerspruch, wenn man eine provisorische Bewilligung für eine definitive Maßregel herbeiführen wolle, und daß habe das Abgeordnetenhaus schon 1861 gethan. Das Wort provvisorisch habe damals allerdings nur die Bedeutung gehabt, daß das Haus sich zur Herbeiführung des Definitivums durch ein Gesetz die Mitwirkung vorbehalte und diese Bedeutung habe die Regierung auch acceptirt. Unruhe im Hause erhöht das Verständnis des Rieders im hohen Grade. Er widerlegt Neuerungen der Abgeordneten für Bielefeld u. Saarbrücken. Er betont, nicht aus Rendieren unsere Sicherheit preiszugeben; er wünschte auch, daß die Gehälter unserer Beamten und Lehrer erhöht würden, aber vor Allem müsse man auf die Sicherheit des Staates Bedacht nehmen. In volkswirtschaftlicher Beziehung mache er darauf aufmerksam, daß die Lehre von der Vertheilung der Arbeit bei der gegenwärtigen Militärverfassung ihre Verübung gefunden habe, die Hauptfrage aber sei die: Soll Preußen ein Militästaat werden, soll Preußen ein Militärlandstall bleiben? Preußen könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es im Innern freimaurige Institutionen zum Ausbau seiner Verfassung hat, nach außen eine geachtete Stellung eintun. Preußen Interessen seien deutsche Interessen, dazu treibe es der Selbstbehaltungstrieb, es müsse also die deutschen Interessen überall schützen; um dies zu können, müsse es aber alle seine innere Kraft sammeln, und das sei der Zweck der Reorganisation. Das gegenwärtige Heer werde durch seine Reorganisation nicht weniger volkstümlich. Preußen habe nie einen volkstümlichen Krieg geführt, es werde nie solche Kriege führen und es werde die Landwehr stets ihre Vervollständigung finden. (2) Wenn der auf Preußen Fahne geschriebene Wahlspruch: „Die Welt soll wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen, eine Wahrheit werden soll, so müsse es stark sein, um gewaltsam verlegtes Recht mit Gewalt wieder aufzurichten, es müsse also nöthigenfalls die Offensive ergreifen können. Die Majorität des Hauses verfolgt nicht die Absicht, die Frage hinzustellen: Wer herrscht in Preußen, das Parlament oder die Krone, aber es seien doch solche Tendenzen zu Tage gekommen; das sei kein Gewinn für den Staat, damit stütze man keine Regierung. Auch einem fikt. accmpli werde er sich, treu der Verfassung, widersezen, wenn er überzeugt wäre, daß die Regierung malia tide gehandelt hätte. Ein Zurücknahme der Reorganisation werde bedeuten: Noch einen solchen Sieg und ich bin verloren. Wenn die neuen Fahnen als Trophäen dieses Sieges, ohne eine Schlacht bestanden zu haben, in die Beughäuser gebracht würden, die Soldaten würden kürzlich. (Heiterkeit.) Die Armen werde stets zeigen, daß sie ist, was sie sein soll: Das preußische Volk in Waffen.

Abg. Düncker nimmt die Thatsache als konstatiert an, daß das Haus vollständig freie Hand hat, daß es vor einer neuen Frage steht. In der Art

und Weise, wie die Regierung die Frage aufgefaßt, sei sie aus einer einfachen Frage eine Verfassungsfrage geworden. In England würde man sie als eine Privilegiumsfrage des Unterhauses bezeichnen. Wie ein Mann für die Kommission zu stimmen, das sei die einfache Lösung der Frage. Die Amendements beziehen das Ungefeigerte beziehen, der Antrag Reichsverger wolle der Regierung vorweg eine Indemnitätsbill geben; in seinem Reaktionismus stehe aber gewiß auch nicht, daß Sünden demjenigen vergeben werden können, der den Willen hat, weiter fort zu sündigen. Sehe man sich das Gesetz vom 3. September 1814 genauer an, so finde man, daß der §. 1 die Pflicht des Einzelnen feststellt, mit zurückgelegtem 20. Jahre zu dienen. Geleglich gehörte auch der Theil der ganzen Mannschaft, welcher nicht zum siebenden Heere ausgehoben wurde, zur Landwehr. Er gebe selbst noch weiter als die Kommission; er bestreite der Regierung das Recht, in Fällen von Verlust Landwehrmänner in die Linie einzurichten, und das zeige der einfache Wortlaut des Gesetzes. — Organisationen und Wehrgezege mache man für den Fall des Krieges, nicht für Eventualitäten während des Krieges. In finanzieller Beziehung müsse man sich den Wortlaut eines sehr bekannten Briefes vergegenwärtigen (verließ eine Stelle aus dem Briefe des Ministers v. d. Heydt). Er wolle damit nur einige Schlaglichter auf den guten Glauben der Reg. werfen. Nichts anderes, als was in diesem Briefe steht, sei von den Rednern der linken Seite des Hauses behauptet worden. Gerade die Aufrechterhaltung der Reorganisation werde das Land wehrloser machen als bisher. Die Lage des Landes werde es nicht erlauben, 12 bis 15 Mill. zum Umbau der Festungen zu verwenden, und man werde das kostbare Material leichtfertig hinzuwerfen, weil das Festungsmaterial, das nur in einer Reihe von Jahren hergestellt werden könnte, nicht da ist. Von einer Verarmung des Landes sei nicht gesprochen; eine Berrüstung der Staatsfinanzen sei nicht gleichbedeutend mit der Berrüstung des Privatvermögens. Wo liegen denn die Mittel, mit denen der Kriegsminister die Kriege führen will? Sicher eher in den Luxusbeständen der Privatleute, als im Staatsfazit, dort in Kellern verschlossen. Dieser Privatreichthum mache eben Frankreich fähig zum Kriegserfolg. Nie sei mehr ein mehr idealer Zug durch das ganze Volk gegangen, nie so viel Lust gewesen, dem großen nationalen Ziel zuzutreten, aber es müsse verstanden werden, daß Volk zu behandeln, und der Kriegsminister verstehe die Sprache und Gefühle des Volkes nicht. (Witsch, Bewegung.) So lange faktisch in Preußen die zweijährige Dienstzeit bestand, hätte man keine Slagen wegen Überbürdung der Landwehr gehabt; diese seien erst mit der Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit ausgebrochen. Wegen denn die Vortheile der Reorganisation die Nachtheile der Eliminierung der Landwehr auf? Sicher nicht. Er sage Eliminierung, denn man wolle die Landwehr aus ihrer berechtigten Stellung in den Feldarmee verdrängen; die Landwehrroßfiziere würden schlecht ausgebildet. Die Landwehr sollte ferner hinter den Wällen der Festungen verbleiben, es sollten ihr die kräftigsten Mannschaften entzogen werden u. s. w. Vor allem entscheide im Kriege die moralische Führung; der Bürger müsse aber als Soldat auch Bürger bleiben, das sei der wahre Charakter des Heeres. Zu einem schlagfertigen Heere gehöre, daß Alle, die zu Hause geblieben, den Glauben an die Vortrefflichkeit des Zustandes der Ausgerüsteten habe; das Volk habe diesen Glauben an die Landwehr gehabt. Die Landwehr empfange nur außerordentliche Leute, die 2000 Freiwilligen seien ein ausgezeichnetes Material, das man aber in rechter Weise pflegen müsse. Auch sie müssten Bürger bleiben und nicht von militärischer Seite diesen Charakter alterieren. Seit einigen Jahren habe man den Landwehrroßfizieren Begriffe von Standesehr begebracht, die auch auf ihr Verhalten außer Dienst ausgedehnt werden. Ein sehr tüchtiger Rechtsanwalt habe seinen Abschied als Landwehrroßfizier nehmen müssen, weil er Waldeck vertheidigt hat. An der Kluft ist nicht das Volk, nicht die Presse Schuld. Die Kluft ist so alt, wie die Landwehr selbst, sie ist auch auf dem Schlachtfelde entstanden über den Leichen der gefallenen Landwehrmänner. Das weist Frizzic nach, ein Mann hoch in Ehren bei Allen. (Redner verließ eine Stelle aus einem Werke dieses alten Veteranen.) Was damals durch die Schlachten verdrängt werden konnte, sei während des Friedens angewachsen. 1820 habe die Reaktion gegen die Landwehr begonnen und jetzt stehe man am Schlusse der Thatsachen und aller geheimer Wühlerien und Geheimen. Jetzt, wo sie ihr Jubelfest feiern will, soll das Haus das Institut ohne Sang und Klang in Grahe tragen? Was ist denn sonst ein volkswirtschaftliches Potest anzunehmen? Die Landwehr ist aus dem Volke, aus des Volkes Initiative hervorgegangen, sie ist die erste konstitutionelle Schöpfung Preußens, das Landwehrgebet das erste konstitutionelle Gesetz. Von den großen Erwartungen, von den Hoffnungen, mit denen das Volk ins Feld gegangen, seien wenige erfüllt, die Hoffnung auf die Einigung Deutschlands sei gescheitert. So lange dieses Gesetzes besteht, sei aber noch Hoffnung auf Verständigung. Mit allen Kräften müsse man an dem Landwehrgebet festhalten, dieses Gesetz hochachten, hochhalten. Die alten Schriftzüge mögen bleich geworden sein, aber sie sind mit Blut getränkt und werden immer wieder hervortreten. Als am Schlusse des Jahres 1806 Stein nicht in eine Organisation eintreten wollte, die er für verderblich hielt, wurde er als ungehörig entlassen. Man könne auch das Haus als ungehörig wegsehen, aber der Augenblick wird kommen, wo man es wieder rufen wird.

Der Finanzminister: Die vorgelesenen Stellen seien aus einem vertraulichen Schreiben; er überläßt es dem Hause zu entscheiden, ob es angemessen, von diesem Schreiben hier Gebrauch zu machen. Gabe man von allen Schriftstücken Kenntniß, so werde dies nicht zum Ziele führen; er verweise auf seine offiziellen Erklärungen, auf diejenige seines Kommissars, die dem Bericht beigefügt sind. Redner habe vorgeschlagen, die Summen abzuziehen, er habe gesagt, die Regierung sei ungesehlich verfahren, er habe aber nicht gesagt, wie die Regierung hätte verfahren sollen, um innerhalb des Gesetzes zu bleiben. Die Absehung seien unthunlich und unmöglich, was wollte man also durch den Beschluss erreichen. Will man an den verausgabten Summen etwas ändern, will man in der Verwaltung eine Stockung, ein Inhibitorium in den Bauten eintreten lassen? Welches werden die Folgen eines solchen Beschlusses nach Innen und nach Außen sein? Das Recht der Zustimmung hat das Haus unzweifelhaft, aber diesem Rechte stehen Pflichten gegenüber. Ein früherer Präsident des Hauses habe unter Besuch erklärt: die Ausübung seines Rechtes bestehe in der Ausübung seiner Pflichten. Man habe allzeit erklärt, man wolle nicht den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt in die Landesvertretung verlegen, keine Partei habe diese Absicht. Das Haus möge früheren feierlichen Erklärungen auch heute bestimmen. Die Annahme des Beschlusses werde die Folge haben, das wirklich der Schwerpunkt in die Landesvertretung verlegt wird. Mit einem solchen Beschuß sei es eine Volksvertretung in einem konstitutionellen Staate der Regierung entgegengetreten und noch dazu in einer Angelegenheit, die den obersten Kriegsherrn so nahe berührt. Meine Herren! Sie haben die Regierung an ihre Pflichten erinnert; erlauben Sie mir, auch Ihnen die Ehren an's Herz zu legen. (Die Minister Graf Ippenitz und v. Jagow sind eingetreten.)

Der Abg. Graf Schwerin: Man könnte ihn mißverstehen, wenn er einfach ablehnt, ohne ein Wort zur Motivierung seiner Abstimmung zu sagen. Der Abgeordnete für Stolp habe die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne sein Steckenpferd zu reiten, d. h. seinem Unmut über die neue Ära Lust zu machen. Die demokratische Presse habe diesen Ausdruck einführt. Das vorige Ministerium habe von einem solchen radikal Umlösung nichts gewußt, es habe manigfach in Erfüllung seiner Aufgaben gefehlt und geirrt, und das Urteil müsse es der öffentlichen Meinung überlassen. Das damalige Ministerium übernehme die volle Verantwortlichkeit auch für seine Wirkung in der Militärfrage, leider nur moralisch; es bedauert, daß es nicht auch eine juridische sein tam, dann würde es der ewigen leeren Drohungen überhoben sein. Zur Sache selbst, so hat das Haus das vollkommen Recht, Nein zu sagen; aber nur mit einem Ja werde man den Interessen des Landes dienen, den Frieden zwischen den verschiedensten Staatsgewalten herstellen, dem Vaterlande eine stets kriegsbereite, schlagfertige Armee gewinnen. Alle die verschiedenen Einwendungen gegen die Reorganisation seien nicht ausreichend gerechtfertigt. Das bestehende Gesetz sei durchaus nicht verletzt; man habe nicht nachgewiesen, daß die Regierung sich einer solchen Verlegung schuldig gemacht habe. Gerade die von der Kommission angegebenen Gesetzesstellen beweisen das Gegenteil von dem Behaupten. So lange kein anderes gegeben, bleibe das bestehende Gesetz in Kraft, das sei also hier das Gesetz von 1814. Die Kommission sage, wenn das Gesetz auch jetzt noch nicht verlegt ist, so sei es doch eine nothwendige Konsequenz des jüngsten Verfahrens, daß es einmal verlesen werden müsse. Das sei doch zu weit gegangen, denn man habe es ja nur mit der Gegenwart zu thun. Auch durch die Annahme des Greif'schen Vorschlags werde die Prätrogative der Krone nicht gestärkt. Jede dauernde Organisation innerhalb der bestehenden Gesetze gehört nicht zu der Befehlshaber der Armee und insofern es sich dabei um Geldbewilligung handelt, gehört sie zur Kognition des Hauses, und das könne nur bei Gelegenheit des Budgets gegeben. Wenn nun ein Gesetz verlangt wird, so möge man es sich nicht so leicht denken, ein solches Gesetz durch alle Stadien durchzubringen. Trotz aller Theorien ist es besser und zweitmässiger, den vom Abgeordneten für Brandenburg eingeführten Weg zu betreten. Sollte mit dem Militärbudget anders wie bisher verfahren werden, so müßte auch die Verfassung geändert werden. Man spricht von einem Unterschied zwischen einem Volksheer und einem stehenden Heer. Die Landwehr werde niemals ein Parlamentsheer werden; alle werden der Meinung sein, daß die Armee stets in die Schlacht gehen wird mit dem Ruf: „Es lebe der König“; alle wissen aber auch, daß das Heer nur sein wird die geistige Bewaffnung des Volkes. Es sei doch gleich, ob die Söhne des Landes zusammenberufen werden zu geforderten Abtheilungen oder in Verbündung mit Anderen. Er sei der Überzeugung gewesen, daß die Reorganisation zum Wohl der Armeen nötig sei und habe daher sein früheres Votum abgegeben. Der Herr Finanzminister habe seitdem den Buschtag aufgegeben und der Herr Kriegsminister einige Erfahrungen eintreten lassen; aber eine Frage, die der zwijährigen Dienstzeit, müßte er noch erwähnen. Über das Militärische und Technische habe er kein Urteil; aber die Autorität sei bei ihm überzeugend, welche sich aus militärisch-technischen Gründen für dreijährige Dienstzeit ausdrücke. Die Zustimmung des Landes sei allerdings für die zweijährige Dienstzeit, die Thatache könne nicht wegelaufen werden und er würde es für ein großes Glück halten, wenn die Staatsregierung diesem Wunsche entspringe. Er würde es für eine Kalamität halten, wenn keine Einigung zu Stande käme und würde daher für den Stavenhagenschen Antrag stimmen.

Abg. Schulz (Berlin): Die Regierung verläßt das Bestehende und die Verfassungsmäßige handeln, gehört sie zur Kognition des Hauses, und das könne nur bei Gelegenheit des Budgets gegeben. Wenn nun ein Gesetz verlangt wird, so möge man es sich nicht so leicht denken, ein solches Gesetz durch alle Stadien durchzubringen. Trotz aller Theorien ist es besser und zweitmässiger, den vom Abgeordneten für Brandenburg eingeführten Weg zu betreten. Sollte mit dem Militärbudget anders wie bisher verfahren werden, so müßte auch die Verfassung geändert werden. Man spricht von einem Unterschied zwischen einem Volksheer und einem stehenden Heer. Die Landwehr werde niemals ein Parlamentsheer werden; alle werden der Meinung sein, daß die Armee stets in die Schlacht gehen wird mit dem Ruf: „Es lebe der König“; alle wissen aber auch, daß das Heer nur sein wird die geistige Bewaffnung des Volkes. Es sei doch gleich, ob die Söhne des Landes zusammenberufen werden zu geforderten Abtheilungen oder in Verbündung mit Anderen. Er sei der Überzeugung gewesen, daß die Reorganisation zum Wohl der Armeen nötig sei und habe daher sein früheres Votum abgegeben. Der Herr Finanzminister habe seitdem den Buschtag aufgegeben und der Herr Kriegsminister einige Erfahrungen eintreten lassen; aber eine Frage, die der zwijährigen Dienstzeit, müßte er noch erwähnen. Über das Militärische und Technische habe er kein Urteil; aber die Autorität sei bei ihm überzeugend, welche sich aus militärisch-technischen Gründen für dreijährige Dienstzeit ausdrücke. Die Zustimmung des Landes sei allerdings für die zweijährige Dienstzeit, die Thatache könne nicht wegelaufen werden und er würde es für ein großes Glück halten, wenn die Staatsregierung diesem Wunsche entspringe. Er würde es für eine Kalamität halten, wenn keine Einigung zu Stande käme und würde daher für den Stavenhagenschen Antrag stimmen.

Abg. Schulz (Berlin): Die Regierung verläßt das Bestehende und die Verfassungsmäßige handeln, gehört sie zur Kognition des Hauses, und das könne nur bei Gelegenheit des Budgets gegeben. Wenn nun ein Gesetz verlangt wird, so möge man es sich nicht so leicht denken, ein solches Gesetz durch alle Stadien durchzubringen. Trotz aller Theorien ist es besser und zweitmässiger, den vom Abgeordneten für Brandenburg eingeführten Weg zu betreten. Sollte mit dem Militärbudget anders wie bisher verfahren werden, so müßte auch die Verfassung geändert werden. Man spricht von einem Unterschied zwischen einem Volksheer und einem stehenden Heer. Die Landwehr werde niemals ein Parlamentsheer werden; alle werden der Meinung sein, daß die Armee stets in die Schlacht gehen wird mit dem Ruf: „Es lebe der König“; alle wissen aber auch, daß das Heer nur sein wird die geistige Bewaffnung des Volkes. Es sei doch gleich, ob die Söhne des Landes zusammenberufen werden zu geforderten Abtheilungen oder in Verbündung mit Anderen. Er sei der Überzeugung gewesen, daß die Reorganisation zum Wohl der Armeen nötig sei und habe daher sein früheres Votum abgegeben. Der Herr Finanzminister habe seitdem den Buschtag aufgegeben und der Herr Kriegsminister einige Erfahrungen eintreten lassen; aber eine Frage, die der zwijährigen Dienstzeit, müßte er noch erwähnen. Über das Militärische und Technische habe er kein Urteil; aber die Autorität sei bei ihm überzeugend, welche sich aus militärisch-technischen Gründen für dreijährige Dienstzeit ausdrücke. Die Zustimmung des Landes sei allerdings für die zweijährige Dienstzeit, die Thatache könne nicht wegelaufen werden und er würde es für ein großes Glück halten, wenn die Staatsregierung diesem Wunsche entspringe. Er würde es für eine Kalamität halten, wenn keine Einigung zu Stande käme und würde daher für den Stavenhagenschen Antrag stimmen.

Abg. Schulz (Berlin): Die Regierung verläßt das Bestehende und die Verfassungsmäßige handeln, gehört sie zur Kognition des Hauses, und das könne nur bei Gelegenheit des Budgets gegeben. Wenn nun ein Gesetz verlangt wird, so möge man es sich nicht so leicht denken, ein solches Gesetz durch alle Stadien durchzubringen. Trotz aller Theorien ist es besser und zweitmässiger, den vom Abgeordneten für Brandenburg eingeführten Weg zu betreten. Sollte mit dem Militärbudget anders wie bisher verfahren werden, so müßte auch die Verfassung geändert werden. Man spricht von einem Unterschied zwischen einem Volksheer und einem stehenden Heer. Die Landwehr werde niemals ein Parlamentsheer werden; alle werden der Meinung sein, daß die Armee stets in die Schlacht gehen wird mit dem Ruf: „Es lebe der König“; alle wissen aber auch, daß das Heer nur sein wird die geistige Bewaffnung des Volkes. Es sei doch gleich, ob die Söhne des Landes zusammenberufen werden zu geforderten Abtheilungen oder in Verbündung mit Anderen. Er sei der Überzeugung gewesen, daß die Reorganisation zum Wohl der Armeen nötig sei und habe daher sein früheres Votum abgegeben. Der Herr Finanzminister habe seitdem den Buschtag aufgegeben und der Herr Kriegsminister einige Erfahrungen eintreten lassen; aber eine Frage, die der zwijährigen Dienstzeit, müßte er noch erwähnen. Über das Militärische und Technische habe er kein Urteil; aber die Autorität sei bei ihm überzeugend, welche sich aus militärisch-technischen Gründen für dreijährige Dienstzeit ausdrücke. Die Zustimmung des Landes sei allerdings für die zweijährige Dienstzeit, die Thatache könne nicht wegelaufen werden und er würde es für ein großes Glück halten, wenn die Staatsregierung diesem Wunsche entspringe. Er würde es für eine Kalamität halten, wenn keine Einigung zu Stande käme und würde daher für den Stavenhagenschen Antrag stimmen.

Abg. Schulz (Berlin): Die Regierung verläßt das Bestehende und die Verfassungsmäßige handeln, gehört sie zur Kognition des Hauses, und das könne nur bei Gelegenheit des Budgets gegeben. Wenn nun ein Gesetz verlangt wird, so möge man es sich nicht so leicht denken, ein solches Gesetz durch alle Stadien durchzubringen. Trotz aller Theorien ist es besser und zweitmässiger, den vom Abgeordneten für Brandenburg eingeführten Weg zu betreten. Sollte mit dem Militärbudget anders wie bisher verfahren werden, so müßte auch die Verfassung geändert werden. Man spricht von einem Unterschied zwischen einem Volksheer und einem stehenden Heer. Die Landwehr werde niemals ein Parlaments

Kommission hat die Regierung geschwächt, hat Schadenfreude erregt bei unsern Gegnern. Sie brauchen nur die dänischen Zeitungen zu lesen, so werden Sie sich davon überzeugen. Meine Herren! Um eine energische kräftige Großmachtspolitik zu verfolgen, die, wie ich glaube, auch Sie wünschen, braucht Preußen ein kräftiges, starkes, schlagfertiges Heer, welches zu jeder Zeit gerüstet ist. Wenn es ein solches Heer nicht zur Verfügung hat, kann es nur eine kleinliche, schwächliche Kleinstaatspolitik verfolgen, welche, wie ich glaube, Niemandem von Ihnen zusagt. Meine Herren! Ich appelliere an Ihren Patriotismus, indem ich Sie beschwöre, die Vorlagen der Regierung zu genehmigen und die Kommissionsanträge abzulehnen.

Abg. v. Bonin (Stolp) rechtfertigt das Verfahren der Regierung und weiß nach, daß dieselbe sich innerhalb der Gesetze bewegt und auch jetzt noch den Wunsch nach geistiger Regelung ausgesprochen habe. Die Reorganisation sei unter den Augen des Abgeordnetenhauses vorgenommen worden. (Das Haus wird ganz leer.) — Abg. Österath erklärt sich für den Kommissionsantrag. Die leeren Bänke seien ein Zeichen für den nahen Schluß. Alle die untergeschobenen Absichten, vom Einführen einer parlamentarischen Regierung, von der Abwicklung eines stehenden Heeres seien durch nichts nachgewiesen. Er verstehe nicht, wie man sagen könne, zwischen Reorganisation und Kriegsbereitschaft bestehen kein Unterschied. Redner vertheidigt die Anschwemmungswelle der Kommission. Die habe für die alte Armee mehr benötigt, als die Regierung gesfordert. Redner gibt eine ausführliche finanzielle Erörterung der Etats von 1860, 1861, 1862 und 1863. Es komme bei allen Ausgaben darauf an, zu welchem Zwecke sie bewilligt seien; ist die Fortsetzung der Kriegsbereitschaft notwendig, so müsse man auch die dafür notwendigen Gelder forthbewilligen. Das Land werde zu Opfern im Kriege stets bereit sein. Jetzt aber, wo ja die Zeiten so gut sein sollen, müsse man für jene Kriegszeiten sparen, und zu Sparmitteln gehöre die zweijährige Dienstzeit. Er könne sich für den Reichsvergerichten Antrag nicht erklären, weil die Regierung durchaus keine Lust zum Entgegenkommen bezeige. Würde für 1863 eine Einigung herbeigeführt, so würde Niemand daran denken, die Ausgaben für 1862 zu streichen. Durch die Kommissionsanträge werde die Frage endlich zum Abschluß gebracht werden. (Bravo.)

Der Regierungskommissar Möller konstatiert zunächst, daß es nicht seine Schuld ist, wenn die Erörterungen über die finanzielle Lage erst hier vorkommen und nicht in der Kommission; dort habe er keinen Anlaß dazu gehabt. Er werde also das Haus mit trocknen Bahlen belästigen müssen, wie es der Abgeordnete für Döppeln gethan. (Heiterkeit!) Die Behauptung, der Abschluß v. 1861 sei nicht richtig, werde nicht nachgewiesen werden können; eben so wenig, daß auf den Einnahmen irgend welche Verpflichtungen ruhen. Im Staatschase befinden sich zwar 20 Millionen, aber 12 Millionen stammten aus einer Anteile her. Wenn der Herr Abgeordnete für Döppeln weiter gelesen, so würde er gefunden haben, daß ich das Amortisationsdepot in Verbindung mit der Staatschule gebracht habe. Was letztere betrifft, so hat man von einer Verdopplung derselben seit 1848 gesprochen; in Wahrheit 104 Millionen; darunter aber sind die Eisenbahnanleihen, welche sich nicht bloß verzinsen, sondern auch die Amortisationsquanta abwerfen. Was das Deficit betrifft, so ist ausgeführt, daß wenn man die wirkliche Einnahme und Ausgabe zusammenrechnet, so kommt man zu einem Überdruck. Das Deficit ist nur ein rechnungsmäßiges, welches in Wahrheit durch die Ueberflüsse gedeckt wird. Redner weiß nach, wie hoch sich die Buschüte für einzelne Verwaltungszweige in den letzten Jahren beliefen, und wie viel auf Verbesserung der Beamtengehalte verwendet worden, ohne daß den Klagen abgeholfen wäre. Die Grundsteuer sei mit Rücksicht auf die Militär-Organisation bewilligt worden, wenn auch dieser Zweck nicht legal ausgesprochen wäre. Der Regierungskommissar widerlegt jedoch eine Forderung von Ausführungen in dem Kommissionsbericht und erklärt dann, daß bei einem gefundenen Staatsleben die direkten Steuern steigen müßten, doch Klagen über Steuerdruck eben so alt seien, wie die Steuern selbst. — Der Minister Graf Bernstorff berichtet eine Erklärung des Abg. Österath.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird unterstützt, aber abgelehnt; es sind noch 21 Redner für, 24 gegen den Kommissionsantrag eingeschrieben. Der Kriegsminister: Es sei heute darauf hingewiesen, daß die Neoreorganisation geistig noch nicht festgestellt sei. Das sei soweit richtig, als es sich um eine Änderung der Dienstpflicht handle. Jedes Abgeordnete pflicht sei, seine Rechte zu verteidigen, dieselbe Pflicht habe auch die Regierung, die nicht daran denke, Eingriffe in die Rechte eines andern zu thun. Der Graf Schwerin habe dies heute in überzeugender Weise dargethan. Man fechte mit einem Gespenst, das nicht existiert. Das Gesetz vom 3. Sept. 1814 giebt in formeller Beziehung zu manchen Ausstellungen gerechten Anlaß; man hat damals die Worte nicht so genau abgewogen und so sind die Deduktionen des Abg. Dünker nicht ganz zutreffend. Als der große Kurfürst die allgemeine Wehrpflicht einführte, war diese Pflicht keine allgemeine, denn es fanden viele Exemptionen statt, die aber es möglich machten, daß Handel und Industrie erblühen konnten. Andere Seiten, andere Verhältnisse; im Gesetz von 1814 wird der Thiel der jungen Mannschaften sehr gering; die Interpretation des Herrn Dünker wird scheinbar bestätigt durch die Einführung der Landwehrrekrutierung; später stellte man seriegssreservenrekruten ein; beides sollten Auskunftsmitte sein; es waren aber ledige und sie sind wieder abgeschafft worden gleichzeitig mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die vorübergehend eingeführt worden war. Jene Auskunftsmitte wieder einzuführen, empfehle sich nicht. Die Regierung schlägt sich der Interpretation, welche der Abgeordnete für Anklage über S. 3 gegeben, vollständig an, und in Betreff des S. 15 habe die Regierung schon erklärt, sie werde eine Deklaration oder eine Novelle vorlegen. Die Bedeutung des Paragraphen an sich werde überhaupt nicht sein; es zu einem ernsthaften Kriege, so werde man doch nicht mit der Regierung über die Verwendung der Mannschaft markieren. Der Minister will nicht die Ausführungen über die stehenden Heere widerlegen; diese gehörten nicht zur parlamentarischen Diskussion, wenn man nicht der ganzen Sache eine große Ausdehnung geben will. Der Vorwurf, der Redner kenne nicht die Gefüße des Landes, sei schwer; jedenfalls kenne er sich hierin besser, als Herr Dünker. Er, der Minister, gebe sich die redlichste Mühe, die Gefüße des Landes kennen zu lernen. Persönliche Adressen geben nie ein gutes Resultat. Es handelt sich nicht darum, die Landwehr zu eliminieren; die Regierung hält sie auch noch jetzt für unumgänglich nötig. Die alten Landwehrmänner seien werden aber viel lieber in den Festungen sein, als in den Lagern. Wenn heute noch einmal behauptet wird, daß die Landwehr nicht vollständig ausgerüstet sei so ist dies falsch; nach neueren Nachweisen ist die Landwehr zum Theil neu bekleidet, zum Theil erbaut sie vollkommen tragbare Garnituren der Linie. Von den 2000 Freiwilligen bekommen 600—800 jährlich das Qualifikationszeugnis zum Landwehrfizier. Was die Kluft betrifft, so habe Herr Dünker zu viel in den Ausführungen des Majors Tricuccis gefunden. Die weiteren Ausführungen der Herren Schulz und Dünker über Volksheere, über Bürger u. s. w. stehen mit der jüngsten Frage in gänzlicher Verbindung. Unter Heer, ob Landwehr oder Linie, sei überhaupt ein Volksheer. Die Landwehrinspektionen seien nur abgeschafft worden, weil sie unzureichend gewesen seien. Der Minister wendet sich nun speziell gegen den Abgeordneten Schulz (Berlin). Wenn die Landesvertretung davon überzeugt wäre, daß mit ihrem Reim die Regierung die Neoreorganisation juristischnehmen werde, so würde nichts erreicht werden. Nur weiß man nicht, daß die Regierung einen solchen Rückschritt nicht thun könne, trete man der Regierung entgegen, indem man sie in die Alternative dränge, entweder die Armee, den Hirt des Vaterlandes, zu desorganisieren, oder sie zu erhalten und dann einen Konflikt herauszubeschwören, der Alles Gesetzliche im Lande in Frage stellen könnte. Die Regierung bedürfe allerdings einer Indemnität, in dem Sinne, wie Herr v. Patow dies angedeutet; die Regierung wünscht sie, aber die Herren verweigern sie, weil sie behaupten, das gehöre nicht zu ihren Rechten. Wenn der Abgeordnete behauptet, es dürfte Niemand länger dienen, als notwendig, so sei zu antworten, daß es über die Notwendigkeit verschiedene Ansichten gebe. Die Reorganisation an sich aber ist an keine bestimmte Dienstzeit gebunden und hängt mit der Dienstzeit nicht zusammen. Die Bülfäigkeit der 2-jährigen Dienstzeit betreffend, so würde, selbst wenn die Regierung die Abkürzung der Dienstzeit wollte und pro 1863 wollte, sie doch nicht in der Lage sein, dies zu thun. Man hätte allerdings den Einstellungstermin etwas später fixieren können, aber es gebe Schwierigkeiten anderer Art. Verschiedene Garnisonen, wie Koblenz, Mainz, verlangen unbedingt eine gewisse Stärke u. s. w. Er fragt, ob Herr Schulz dem glaubt, daß jeder wahre Bürger in der Lage ist, den Ehrendienst für sein Vaterland leisten zu können. Die bürgerliche Gesellschaft verlangt das Bestehen von Berufssoldaten, und weil man ferner kein Volksheer defektivieren könne, müsse man es vorbereiten und erziehen, gründlicher erziehen, als es auf dem Scheibenstande oder Turnplatz möglich ist. Die Regierung hat es nicht unter ihrem Rütteln gehalten, durch Erläuterungen die Möglichkeit einer Verständigung anzuhabten. Der Versuch ist mißglückt und soll nicht erneuert werden. Es sei freilich leicht, in prämeditirter Rede die Improvisation eines nicht geübten Mannes anzusehen. Die Re-

gierung ignorirt keineswegs die Existenz einer Partei, die sich kundgibt in Deutschland, in Italien, in Preußen. Man möge sich des Briefes des Herrn Biegler erinnern, der Ihr (der linken) Parteigenossen ist. (Nein! Nein!) Ist er es nicht, desto besser, dann freue ich mich es zu hören. Soll ich an die Schützenreden erinnern? (Ja! Ja!) Für den preußischen Abgeordneten sei es ein eigenthümlicher Standpunkt, zu erklären, daß der preußischen Interessen immer die deutschen vorangehen. In Preußen steht das Heer hinter dem König und nicht hinter dem Parlament. Diese und noch andere Ausführungen machen es begreiflich, wenn die Regierung sich fragt, ob eine Verständigung mit einem Theile des Hauses möglich ist. Es komme aber wirklich auf Nichts anderes an, um eine Verständigung herbeizuführen, als daß der Punkt, über den er neulich Hrn. v. Hoverbeck Rede zu stehen versprochen hat, endlich erledigt werde. Ich habe viele Fehler und Unvollkommenheiten, aber einschließlich lasse ich mich so leicht nicht.

Vor der Vertagung der heutigen Sitzung nehmen zu persönlichen Bemerkungen das Wort die Abg. Graf Bethmann-Hu, v. Carlowitz (er stehe unabhängig von seinen Wählern da und nehme keinen Anstand, stets rücksichtlos auszusprechen, was sein Herz bewege), Dünker (weist die Angriffe gegen die Schützenredner zurück, deren einer er gewesen sei). — Der Kriegsminister berichtet den Kriegsminister: er habe niemals davon gesprochen, daß die Regierung keine Indemnität bedürfe; er habe noch drei Tage vor der Debatte dem Finanzminister gerathen, eine solche Indemnität bei dem Hause nachzufragen. — Der Kriegsminister repliziert, daß das Ministerium sich dazu nicht verpflichtet erachtet. — Abg. Schulz (Berlin): Wenn in so unerhörter Weise debattiert wird, wie dies von dem Herrn Kriegsminister geschieht, daß er außerhalb des Hauses gefallene Auszüger hier gleichsam vor den Richterstuhl zieht, so müssen die angegriffenen Mitglieder antworten. Der Minister allein habe ihn falsch verstanden; wenn er von einem Heere spreche, das hinter dem Parlament stehe, so könne doch nur von denselben die Rede sein, das er und alle Deutschen anstreben, von einem deutschen Parlamente und einer deutschen Centralgewalt. Der Minister habe ihm Mangel an Urbanität vorgeworfen; wenn ein Mitglied des Hauses einen solchen Ausdruck gebrauche, würde es zur Ordnung gerufen werden. Er halte es der Würde des Hauses angemessen, daß gegen das Verfahren des Ministers, so mit Denunciations, die wo anders hingehören, vorzugehen, Protest eingelegt werde. Eine solche Art zu debattieren, stehe unter dem Rütteln des Hauses.

Der Vizepräsident Behrend: Nach S. 60 könne er, auch wenn es seine subjektive Meinung gewesen wäre, den Minister zur Ordnung rufen zu müssen, dies doch nicht thun, da nur Mitglieder des Hauses zur Ordnung gerufen werden können, der Minister v. Noor aber nicht die Ehre hat, Mitglied des Hauses zu sein. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Biegler habe stets erklärt, daß er nicht zur Fortschrittspartei gehöre. Die wahrhaft preußischen Interessen würden stets mit den deutschen Interessen zusammenfallen. — Abg. v. Carlowitz antwortet Herrn v. Bünke. — Abg. Waldeck (zur Geschäftsordnung): Die Geschäftsordnung müsse vervollständigt werden, denn es zeige sich, daß den Geschichten gegenstr. die der Kriegsminister seit einigen Tagen mache, die Abgeordnete recht osse sind, da sie der Präsident nicht verteidigen kann. — Der Minister v. d. Heydt: Die Minister würden sich einem Ordnungsruft des Präsidenten nicht fügen. Sie sind die Räthe S. M. des Königs und der Polizei des Präsidenten nicht unterworfen. — Präsident: Auch nicht, wenn sie Mitglieder des Hauses sind? — v. d. Heydt: Auch dann nicht. — Zu persönlichen Bemerkungen Abg. v. Bockum-Dölls, der Regierungskommissar Möller, Abg. Kirchmann, seine Briefe seien nur persönliche Meinungen; er spreche sie offen und frei aus und deshalb brauche der Kriegsminister ihn nicht zu verdächtigen, desshalb nicht zu erklären, er habe kein Vertrauen zu der Partei, der er angehört.

Der Kriegsminister: Er wolle nur den Weg zur Verständigung anbahnen, indem man sich offen und mäßig ausspreche. — Abg. Graf Schwerin: Er müsse auch dem Kriegsminister gegenüberstehen; er theile die Ansicht des Herrn v. Bünke, halte auch die Indemnität für notwendig, und wenn die Opposition so großes Gewicht darauf legt, daß die Regierung diese Indemnität fordert, so solle sie es thun. — Der Min. v. d. Heydt: Eine besondere Vorlage sei nicht nötig, aber wolle das Haus die Indemnität aus sprechen, so habe er nichts dagegen. — Abg. v. Patow schließt sich dem Grafen Schwerin und Herrn v. Bünke an. — Abg. Schulz e verwahrt seine Partei gegen die Ansicht, als handle es sich hier um eine leere Form; er werde nicht eher eine Indemnität bewilligen, als bis die Regierung erklärt habe, von dem ungefeierten Wege abgehen zu wollen. — Der Vizepräsident Behrend: Er halte es der Würde des Hauses und des Postens, den er bekleidet, angemessen, zu erklären, daß die Auszüger des Ministers v. d. Heydt sich nicht in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung des Hauses befindet. — Nunmehr wird die Sitzung um 4 Uhr 35 Min. geschlossen. Nächste Sitzung: morgen 9 Uhr.

## Revue polnischer Blätter.

,Bacznośc“ (Aufgepaßt). Nr. 2)

Paris bei Marines 1862. 16. 59 S.

1) Paris. Die Gegner des Aufstandes. Ein gottheiterter Gedanke belebt die ganze polnische Nation und treibt sie auf das Feld jugendlicher Thaten: der Gedanke der Auferstehung in neuem Organismus, in neuem Gewande. In Hütten, Edelhöfen und Palästen hat dieser Gedanke Eingang gefunden und wenn er auch nicht überall Gestalt gewonnen, so darf man doch gewiß sein, daß die Nation ihren Erlöser nicht mehr freuzigt. In ganz Europa treten die unterjochten Völker mit ihren Klagen vor das Tribunal der Gerechtigkeit und fordern drohend Urtheilsprüche. Auch Polen steht vor diesem Tribunal und bringt vor dasselbe zwei Sachen zugleich: die politische und soziale, die von einander unzertrennlich sind. Zu langem Kampfe bereite es sich vor, denn starke Gegner hat es zu überwinden: den Eroberer und das Interesse.

Wie manövriren die Gegner? Der Eroberer sucht die städtischen Bürger durch zügellose Soldaten einzuschüchtern, die gebildete Klasse durch Belehrung von Reformen zu täuschen und mit diplomatischen zu umstricken, die Bauern durch Agenten gegen die Obersitzer aufzumiegen. Nur bei letzteren könnten keine Verhandlungen Erfolg haben, wenn der Adel sich mit den Bauern nicht auf ehrliche Weise aneinander setzt, sie nicht durch alle Mittel für die nationale Sache zu gewinnen sucht und im entscheidenden Augenblick sie nicht kühn und drohend unter die Fahne der Freiheit und Brüderlichkeit ruft.

Weit geschickter manövriert das Interesse. Es wirkt durch die erkaufte Presse, durch kirchliche und Wohlthätigkeitsvereine, durch begüterte und einflußreiche Männer. Es brandmarkt die wahren Patrioten als Provokateure und Spione. Dem Volke gegenüber läßt das Interesse sich nie merken, daß es Polen nicht wolle; im Gegenteil es leuchtet nach ihm, weint über sein Unglück und wenn es den Enthusiasmus des Volkes sieht, ruft es: „Heute, morgen ist es unmöglich!“ Wartet mit Geduld, vertraut auf mich, ich selbst werde das Signal geben!“ In der Bauernfrage äußert sich das Interesse im väterlichsten Tone. Die Eigentumsverleihung versteht sich ganz von selbst, aber das Volk muß durch Bildung die nötige Reife erlangen und dazu bedarf es mindestens einer 40jährigen Übergangsperiode! Tritt die Eigentumsverleihung sofort und ohne Ablösung ein, so wird dem Kommunismus und allem Verderben Thür und Thor geöffnet.

Das Interesse ist mit der Revolutionspartei ganz einverstanden, daß Polen nur durch das Volk wieder aufgebaut werden könne, aber nur durch das „reife Volk“. Statt heute vom Aufstande zu träumen, sage es, muß man dafür wirken, daß die Sache der Bildung über Polen aufgehe; nur Wahnsinnige könnten heute an den Aufstand denken und öffentlich verkünden, daß Polen dem gehörne werden, der es erlämpft. „Aber freilich“, sagt das Interesse mit jesuitischer Verschmittheit weiter, man kann den jugendlichen Habsüßen solche Utopien nicht überbeladen, das frühere Nicolaus'sche Erziehungssystem ist daran schuld.“ Wahrlich, das Interesse ist ein weit gefährlicher Feind, als alle drei Eroberer zusammengekommen!

(Fortsetzung folgt.)

## Lokales und Provinzielles.

h. Posen, 16. September. [Handwerker-Verein.] Daß die Gründung eines Handwerkervereins kein eingebildetes Bedürfnis, daß dasselbe wirklich anerkannt, daß der Gedanke vielen Anklage gefunden, zeigte die gestrige Beschuß Konstituierung desselben in Lamberts Salon abgehaltene Versammlung. Gegen 200 Personen hatten sich eingefunden, meistens dem Handwerkerstande selbst angehörig. Die Versammlung

wurde durch einen kurzen, treffenden Vortrag des Herrn Kalkulator Heinrichs eröffnet, in welchem derselbe auf die Stellung des jetzigen Handwerkerstandes gegenüber dem Handwerker früherer Zeiten hinwies, die Notwendigkeit der Konsolidirung derselben hervor hob, und die Zwecke der Handwerkervereine beleuchtete. Auf seinen Antrag wurde demnächst durch Aufführung zum Vorsitzenden der Versammlung Herr Rector Hirsch gewählt, der sich der Leitung derselben mit vieler Umsicht und Geschick unterzog. Nachdem derselbe über die Tätigkeit des provisorischen Komite's kurz berichtet, wurde das von letzterem entworfene, von uns bereits mitgetheilte Statut, und in Anschluß an dasselbe das Geschäfts-Reglement zur Lesung gebracht und nach einer kurzen Diskussion en bloc angenommen. Man hatte anerkannt, daß dasselbe, wie jedes im Vorauß entworfene Statut seine Mängel habe, und daß deshalb die Zeit entscheiden müsse, ob dasselbe sich bewähren würde. Hiernächst wurden die Meldungen zum Eintritt entgegengenommen. Umgekehrt 120 Mitglieder sollen sich in die Liste eingezzeichnet haben. Eine lebhafte Debatte rief die Frage hinsichtlich der Vorstandswahl hervor. Der vielfach unterstützte Antrag, daß das provisorische Komite von 7 Mitgliedern den Vorstand bilden und sich um 2 Mitglieder selbst ergänzen sollte, wurde namentlich von Mitgliedern des Komite's selbst bekämpft und abgelehnt. Die Ansicht, daß die Versammlung sogleich mit der Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, fand ebenfalls Widerspruch. Es wurde geltend gemacht, daß die Namen derjenigen Herren, welche sich zum Eintritt gemeldet, und aus deren Mitte der Vorstand notwendiger Weise gewählt werden müsse, bis jetzt noch nicht bekannt, wenigstens nicht hinlänglich bekannt seien. Es wurde geltend gemacht, daß die Wahl des Vorstandes vorgehen sollte, f

Demnächst kam zur Verhandlung die Untersuchungssache wider Valentyn Krzyzanias und Genossen. In der Nacht vom 17. zum 18. April c. wurden dem Schulzen Bachcial zu Komiko aus einer an seine Wohnung grenzenden Kammer mittels gewaltsamen Einbruchs verschiedene Lebensmittel im Werthe von 20 Thlr., namentlich 1 Scheffel Mehl, 5 Brote, Speck, Wurst und Fleisch gestohlen. Des Diebstahls beschuldigt sind die Tagelöhner Valentin Krzyzanias, Matthias Przybyls und Johann Wieskowksi aus Podwierki und Balewo. Krzyzanias und Wieskowksi gestehen den Diebstahl zu; sie haben das Fenster der Kammer ausgehoben und sind beide eingestiegen. Przybyls hingegen, welcher vorgab taub zu sein, war zwar bei Verarbeitung des Diebstahls zugegen gewesen, blieb aber bei der Ausführung derselben zurück und wartete, ungefähr 150 Schritte vom Geschehen des Bachcial sich niederlegend, auf die Rückkehr seiner Genossen. — Die geholtenen Lebensmittel wurden gemeinschaftlich nach der Przybyls'schen Wohnung gebracht und geteilt, Bachcial hat solche jedoch später bis auf die Wurst und 3 Brote zurückgehalten. Przybyls allein erklärte sich für nicht-schuldig. Sowohl Krzyzanias wie Przybyls sind bereits wegen Diebstahls bestraft. Der Gerichtshof erkannte unter Ausschluß der Geschworenen gegen Krzyzanias auf 8 Monate, gegen Wieskowksi auf 6 Monate Gefängnis. — Mildende Umstände wurden angenommen, weil ein Diebstahl an Eigentum vorlag und weil die Verurtheilten gehändig gewesen. Bezüglich des Przybyls sprachen die Geschworenen das Schuldig der Theilnahme an einem einfachen Diebstahl aus, weil nicht erwiesen, daß der Angeklagte von der Art, wie der Diebstahl ausgeführt werden sollte, Kenntnis gehabt; der Gerichtshof verhängte über Przybyls eine dreimonatliche Gefängnisstrafe.

— [Güterläufe.] Der Lieutenant Freitag hat im Wongrowitzer Kreise das Rittergut Podbowice, 1200 Morgen groß, für den Preis von 65,000 Thlr. gekauft. — Hr. Nasse hat das Rittergut Kaczkowko, ca. 1000 Morgen groß, für 35,000 Thlr. gekauft.

— [Geschenk und Segen.] Die Frau Fürstin Czartoryska (Mutter) hat dem h. Vater eine große Menge von Kirchen-Ornaten für die neubefehlten Bulgaren übersendet. Se. Heiligkeit hat die schönen Gewänder öffentlich in der Bibliothek des Vatikan ausstellen lassen, wonächst sie durch den Kaplan Kajewicz, der das Bekehrungsamt in Bulgarien leitet, an den Ort ihrer Bestimmung gebracht werden sollen. Die Fürstin hat vom h. Vater folgendes Breve erhalten:

Geliebte Tochter in Jesu Christo, erhabene Frau! Gruß und Segen!

In Gemeinschaft mit Deinen Mitschwestern gabst Du, edle Fürstin, einen glänzenden Beweis Deiner Frömmigkeit, indem Du uns so reiche Ornate für die in den Schoß der Kirche zurückgekehrt Bulgaren übersandtest. Wir haben uns beilebt zu befehlen, daß diese wertvollen Gaben so bald wie möglich an ihr Ziel gelangten. Inzwischen geben wir als Beweis unserer besonderen Anhänglichkeit und väterlichen Dankbarkeit aus der Fülle unseres Herzens Dir, Fürstin, und Deinen edlen Damen und Mitschwestern den apostolischen Segen, den Deine Frömmigkeit erbeten hat.

Rom, 12. Juli. Pius IX. P. P.

— [Zur Aufklärung.] Ueber den angeblich erst vor Kurzem aus der Festungshaft entlassenen, ehemaligen Rechtsanwalt Krauthofer (Krotowski) gibt der Abg. Dr. Becker einen überraschenden Aufschluß. Der Mensch, der sich für Krauthofer ausgibt, ist ein Betrüger, der zugleich auch unter dem Namen Baude und dem Vorgeben, daß er ehemals Redakteur der „Westdeutschen Zeitung“ gewesen und als solcher verurtheilt und auf die Festung gekommen sei, die politischen Sympathien ausbeutet.

— Bon der Orla, 14. Septbr. [Erntefeste.] Unsere Landwirthe haben bereits mit dem Geschieke und sie haben dies Mal Recht. Der Himmel veragt ihnen beharrlich den erwünschten Regen und die Ackerbestellung ist dadurch außer den Bereich der Möglichkeit gerückt. Aber es ist das noch immer nicht geeignet, auch Bäugen vor der Zukunft einzuflößen; denn es ist in anderen Jahren später gefaßt worden und nicht zum Nachtheile einer ergiebigen Ernte. Die Erntefeste auf den einzelnen Domänen sind bereits begangen; andere bereiten sich darauf vor. Der Sitte der Gegend gemäß steht dabei niemals der Dudelsack, und dieses Instrument, dessen Handhabung nicht zu großen Schwierigkeiten bereitet, wenn anders man starke Arme und eine tüchtige Lunge hat, ist geeignet, Hunderte von Menschen froh zu stimmen. Es bleibt charakteristisch, daß die deutsche Bevölkerung der Geige und der Klarinette anhängt, indeß die polnische Bevölkerung der Geige und dem Dudelsack zugethan bleibt. Wir haben gefunden, daß der Frohsinn nie ganz sich der Theilnehmer bemächtigte, wenn die eine oder die andere Nationalität ihr Orchester nicht in der bisher gewohnten Weise ertritten sah und wir finden es zweckmäßig, daß man Seitens der Besitzer diesen besonderen Wünschen ihrer Untergebenen Rechnung trägt.

— Bon der Provinz, 11. September. [Musik und Leierkästen.] Man fragt beharrlich die Polizei, ob es kein Mittel gebe, dem Leierkästen-unwesen zu steuern und die Polizei zückt die Achseln und schürt vor, es seien die Leute durch ihren Haustümchen in der Ansübung ihres Gewerbes geschickt. Dem ist jedoch nicht so, denn der Hausherrin berechtigt den Inhaber nur, seine Dienste dort auszuüben, wo dies verlangt wird, und wenn nicht ausdrücklich von dem Hausbesitzer die Genehmigung ertheilt ist, darf der Hausherrin Drehorgelmännchen schlechting nicht spielen. Budem darf er unaufgefordert nicht in das Haus eindringen, um sich seine Scheidemünze für die Ausübung seiner technischen Musik einzufordern. Wenn also die Hausbesitzer selbst beitragen wollen, dem Lust zu steuern, so dürfte es ihnen, wenn sie selbst auf die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen halten, leicht werden, ein Uebel auszurrotten, über dessen Ausdehnung in allen Provinzen gleichmäßig geflagt wird. Die Polizei hat jedoch ebenfalls die Macht in Händen, den Umgang auf ein bestimmtes Maß herabzudrücken, wenn sie streng darauf hält, daß von den haussirenden Musikantern die Wiederkehrfrist und die Ausübungsfrist streng eingehalten wird. Die Regierung aber endlich hat die meiste Gewalt in Händen, dem tiefgeführten Nichtstande ein stills Ende zu bereiten. Sie ertheilt und dehnt die Haussirene für ihr Departement aus. Hierin muß für strenger zu Werke geben, als bisher, denn wahrlich, um der 2 Thlr. Steuer Willen oder um den Hausherrn einen größeren Beute zu gewähren, darf dem größten Theil der Staatsangehörigen nicht zugemutet werden, Aufdringlinge zu dulden und Unbequemes zu ertragen. Hoffen wir eine gründliche Aenderung!

— Schmiedel, 15. Sept. [Feuer; Sparkasse.] In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. brannte auf dem nahegelegenen Dominiu Tacz ein Getreidehobel, von gegen 200 Schock Roggeninhalt niederr. Der dem Eigentümer dadurch zugefügte Schaden ist, wie leicht berechenbar, bedeutend. Ueber die Entstehungsart des Feuers ist bis jetzt nichts Näheres bekannt geworden. Man vermutet Brandstiftung aus Rache. Die schöne Herrschaft Tacz nebst dem umfangreichen Zubehör gehört dem königl. Kammerherrn Marcell Grafen v. Zoltonski. Durch humane Behandlung seiner Untergebenen hat der intelligente Besitzer längst ein recht patriarchalisches Verhältniß zwischen ihm und seinen Leuten wachgerufen und dasselbe durch verschiedene Neuerungen des Wohlwollens belebt und gepflegt. Hr. v. Z. hat gewiß auch auf eine moralische Anerkennung seines väterlichen Verhaltens von Seiten seiner Untergebenen stark gerechnet; denn er ließ seine Feldfrüchte gegen Feuergefahr niemals versichern. Dieser hier gedachte Vorfall dürfte ihm nun den Beweis liefern, wie wenig der gemeine Mann den niederen Leidenschaften zu enthagen fähig ist. — Die Angelegenheiten unserer vor Kurzem erst ins Leben gerufenen Sparkasse nehmen einen sehr erfreulichen Fortgang, was für die Nothwendigkeit eines so nützlichen Institutes das beste Zeugniß giebt.

Schrifft, 13. Septbr. [Gymnasium.] Dem „Dziennik pozn.“ wird von hier geschrieben, daß es im Werke sei, die vier Klassen des hiesigen Progymnasiums zu Michaelis d. J. um eine zu vermehren

und einen Lehrer für Geschichte und deutsche Sprache anzustellen, dessen Gehalt vorläufig, mit der Aussicht auf Verbesserung auf 400 Thaler normirt ist.

— Schrimm, 15. Sept. [Wallfahrt nach Czestochowa; Warthe; Kreistag; Wahl.] Aus dem hierigen Kreise hat sich eine zahlreiche Menge dem Wallfahrerzuge nach Czestochowa angeschlossen. Von diesen gingen gestern an ihre Verwandten Briefe ein, aus welchen zu erscheint, daß der Zug streng überwacht wird. Schon an der preußisch-russischen Grenze wurden die Wallfahrer lange Zeit aufgehalten und konnten erst nach vielen Umständen ihre Reise fortsetzen. Etwa 2 Meilen hinter Kalisch kam zu ihnen eine Schaar Kosaken, welche sie bis zu dem Orte Opatowko geleiteten. Dort war es sehr zweifelhaft, ob ihnen die Weiterreise gestattet sein würde, doch erhielten sie nach vielfachen Verhandlungen die Erlaubniß, ihre Tour nach Czestochowa fortzusetzen, wurden jedoch stets von den Kosaken begleitet. — Die Warthe ist jetzt in Folge des anhaltenden Mangels an Regen auf weniger als die Hälfte ihrer Breite reducirt. Natürlich ist dadurch die Schiffahrt gehemmt und nur leichte, unbeladene Kahn können noch den Fluss passiren. — Vergangene Woche tagte hier der Kreistag wieder. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der neuen Vorsteher.

— Schrod, 14. Sept. [Selbstmord; Turnerei.] Der ungefähr 40 Jahr alte unverheirathete Kleinweber M. wurde in Pudewitz, woselbst er wohnhaft war, Ende der vergangenen Woche, in seinen Feittleidern erhängt in dem katholischen Kirchen-Glockenturm vorgefunden. Er soll ein leichtfüßiger Cavalier gewesen sein und nach und nach sein ca. 600 Thaler betragendes Vermögen verloren haben. Grund des Selbstmordes soll eine fehlgeschlagene Heiratspekulation gewesen sein. Der Turnunterricht bei der hierigen katholischen und der kombinierten evangelischen und jüdischen Elementarschule, so wie bei der königl. Ritterklasse wurde auf einem gemeinsamen Turnplatz, welcher der evangelischen Gemeinde gehört, von einem evangelischen und zwei katholischen Lehrern ertheilt. Das katholische Kollegiatstift hat nun aber, einen demelben gehörigen Garten zur Turnanstalt für die katholische Jugend dem Schulvorstande überwiesen, und sind von dem Letzteren neue Turngerätschaften angeschafft worden, so daß seit dem 1. d. M. der Turnunterricht getrennt ertheilt wird.

— Todtschlag. Am 7. d. waren im Wirthshause zu Targowagorla mehrere junge Bauernknechte und Wirthshöhne, die sich mit Trüthen, Tanzen u. s. w. die Zeit vertrieben. Es entstand unter diesen Verlusten Streit und einer derselben wurde mit einem Messer verwundet. Nach eingetretener kurzer Stille entstand neuer wütender Streit; — durch alten Has gerichtet — und indem einem Streitenden ein Messer von einem andern Burschen mit den aufreibenden Worten: „durchbohr die Beste!“ zugereicht wurde, stöhnt derselbe auch das Messer bis an das Hoft in die linke Brustseite seines Gegners, der nach einigen Rückungen seinen Geist aufgab. Er war von dem Stiche im Herzen getroffen worden. Der Thäter, sowie der, welcher das Messer zugebracht, sind in unserem Gerichtsgefängniß detinirt. Targowagorla ist ein kleiner- und Schuldhof, das 600 Einwohner zählt; die meisten Bauern sind vermögend; das Dominium hat mehrere Fabriken und deshalb ist auch die Arbeiterklasse nicht dienstlos. Hierin liegt aber auch die Quelle der hier herrschenden Böllerei und Trunkucht, so daß man sagen kann, die Sauferei ist in Targowagorla zu Hause; daß ein bedeutender Getränkeauslauf hier sein muß, geht daraus hervor, daß der hiesige Schankwirth dem Dominium jährlich 500 Thlr. Pacht für die Propriation zahlt.

— Wollstein, 14. September. [Unglücksfälle; zur Posener Eisenbahn; Wahlen.] Erst vor einigen Tagen ist in dieser Zeitung referirt worden, wie dadurch, daß Kinder ohne Aufsicht herumlaufen, beflagwürdige Unglücksfälle verhübt werden, und schon heute habe ich Ihnen über einen derartigen Unglücksfall, der sich am vergangenen Donnerstag zutrug, zu berichten. Das 1½ Jahre alte Kind des Müllers zu Siebold, welches sich ohne Aufsicht auf dem Gebiete des katholischen Pfarrers befunden, fiel in den dortigen sogenannten Ententeich und wurde erst wieder als Leiche aus demselben herausgezogen.

Der Magistrat unserer Nachbarstadt Büllichau legt alle Triebfedern in Bewegung, daß die zu erbaute Guben-Posener Eisenbahn von Guben über Büllichau und nicht, wie anderweitig projektiert wird, über Schwiebus führen soll. Derselbe hat sich auch zu diesem Zwecke an die sämtlichen Magistrate des hiesigen Kreises gewandt, daß dieselben ebenfalls für die Linie Guben-Büllichau, wodurch unser Kreis ebenfalls von der Bahn durchschnitten werden würde, wirken sollen. Binnen fürzester Zeit wird auch derselbe unter Leitung des Landrats Frhrn. v. Urnre-Bonj eine Konferenz in Unruhstadt stattfinden.

An Stelle des länger als 30 Jahre an der hiesigen jüdischen Schule als Schulvorsteher fungirenden Kaufmanns Salomon Gerzon, der sein Amt freiwillig niedergelegt hat, ist am vergangenen Dienstag der Kaufmann Isaac Cohn gewählt worden.

— Wreschen, 13. September. [Poserheit.] Gegen den hiesigen Posthalter Semion hat ein bis jetzt nicht ermitteltes Individuum seine Poserheit dadurch ausgelassen, daß es einem Pferd desselben, das sich auf der Weide befand, einen Stich in die Brust versteckt, woran es verblutete.

— Zirkel, 15. Sept. [Feuer.] Am 13. d. M., zwischen 5 und 6 Uhr Abends, sahen wir unsere Sprüge, stark mit Bürgern besetzt, rasseln durch die Stadt fahren und den Weg nach dem 1 Meile von hier belegenen Dorfe Gr. Lutom nehmen. Dort angelangt, fand sie die Kirche, das alte Probsteigebäude, den Krug und drei Scheunen, mit Getreide gefüllt, in Flammen. Diese Gebäude waren, da das Feuer schon zu stark um sich gegriffen hatte, nicht mehr zu retten, und mußte nun die größte Aufmerksamkeit auf das im Feuer stehende neue Probsteigebäude gerichtet werden. Hier leisteten unsere Bürger Bedeutendes. Einer von ihnen, der Spritzenkommissarius Busse, lief in das Haus und löschte dort die Dielen, denn diese brannten schon hoch auf. Die Spritzenmeister Afzmus und Lubitz standen, ihr eigenes Leben nicht achtend, auf dem bereits an mehreren Stellen brennenden Hause und es gelang ihnen, unter Mitwirkung des Schneidermeisters Klein und des Schornsteinfegers BrogarSKI, dasselbe zu erhalten. Fremde Häuse war überhaupt hier sehr nötig, denn ein großer Theil der Einwohner des Dorfes war zu einem Urlaub in Biedrono. Auch waren am Schlosse des Gutsbesitzers Stobwasser einige Spritzen aufgestellt, da man zu befürchten hatte, daß die Funken auch dort zünden würden und wäre dies auch gewiß erfolgt, wenn eine lange Reihe Obstbäume diese Funken nicht aufgehalten hätte. Das Obst an den Bäumen war von Hitze und Rauch ordentlich geröstet und es brannten auch einige Obstbäume. — Die Verunglimmten sollen alle, das Getreide wenigstens, wie ich höre, verloren haben. Schließlich noch die Bemerkung, daß die Kirche bis 150' hoch und bis auf 2 Meilen im Umkreise sichtbar war. Sie wurde im Jahre 1762 von Heinrich Grafen Brühl zu Zirkel und Pförchen und seiner Gemahlin Anna Maria geborene Gräfin Kollowrat erbaut und war die schönste Dorfkirche unserer Provinz. Auf welche Weise das Feuer entstanden, habe ich bis jetzt nicht erfahren.

— Exin, 13. September. [Wahl; Selbstmord; Ernte; Kirchliche.] Gegen frühere Jahre war die Beteiligung bei der am Donnerstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl eine viel regere, da in den beiden ersten Abteilungen die Wähler fast vollzählig waren und in der dritten Abteilung doch ziemlich ein Drittheil eingefunden hatte. Es wurden gewählt in der ersten Abteilung Apotheker Binnemann, in der zweiten Ackerbürger Krümel und Kaufmann S. Hirschberg, und in der dritten Tischlermeister Brodowski, also drei Deutsche und ein Pole. — In dieser Woche erhing sich ein Dachdecker aus Nowalewo im dortigen Walde nahe an der Landstraße, wozu ihn sein liederliches Leben gebracht zu haben scheint. Nach der Aufzündung ließ man ihn aber noch viele Stunden in seiner mehr stehenden als hängenden Stellung, weil man allgemein froh war, keinen läufigen Person los zu sein. — Die zweite Heuererin fällt wegen der lange angehaltenen Trockenheit gerade nicht günstig aus, und noch weniger ist dies auf den Neuwiesen der Fall, die

sich beim ersten Schnitte lange nicht dem vorjährigen Ertrag gleichgeltend machen. Die aber noch vorhandenen Vorräte von altem Heu werden den Ausfall ziemlich erleben. — Die Obstsorte ist sehr gut ausgesessen, namentlich reichlich in Birnen und noch mehr in Apfeln. Der Spätommer ist auch noch den Bienen günstig gewesen, so daß auch die Honigernate, wie Bienenzucker verschieren, noch leidlich ausfallen wird. — Hier sind schon mehrfach kleinere katholische Feiertage auf den nächsten Sonntag verlegt worden, und auch mit dem auf vergangenen Montag gefallenen Mariätag ist daselbe für morgen der Fall, obgleich der hälftlich am 14. September in der hiesigen Klosterkirche hochgefeierte Kreuztag ebenfalls auf morgen trifft und hiermit noch ein von weit und breit stark besuchter Abläß verbunden ist. Zur Verminderung der die Arbeitszeit raubenden Feiertage wäre ein solches Verfahren wohl überall wünschenswerth.

### Bermischte.

\* Berlin. Seit einigen Tagen werden hier mit einem Wagen Probefahrten angestellt, dessen Konstruktion ein Schulmeister bei Dresden erfunden hat. Dieser vierrädrige Wagen wird durch die Füße seines Besitzers in Bewegung gesetzt, bewegt sich mit großer Schnelligkeit und kann mit Leichtigkeit gelenkt werden. Der Kraftaufwand der Fußbewegung ist nicht viel stärker als bei einem gewöhnlichen Spinnrade und kann der Wagen, der leicht und zierlich gebaut ist, doch zwei Personen tragen. Die Probefahrten haben ein günstiges Resultat geliefert und dem Erfinder schon mehrere Bestellungen eingetragen. Ein Wagen ist bereits nach England abgegangen, einen zweiten hat der bekannte Professor Reithmann gekauft.

\* Die Stadt Hamburg und Altona werden wohl in Bälde Straßen-Eisenbahnen erhalten. Der Plan geht von dem dänischen Civil- und Marine-Ingenieur Möller aus, der lange Zeit in Nordamerika und England lebte, um die dortigen Pferdebahnen kennenzulernen. Dem Ingenieur Möller stehen bei seinem Unternehmen sehr respektable Finanzmänner zur Seite. Zugleich projektierte er auch für andere große Städte Deutschlands Straßen-Eisenbahnen nach amerikanischem Muster, und zwar zunächst für Berlin und Wien.

\* In der russischen Schriftsprache führt jedes mit einem Konsonant endende Wort noch ein sogenanntes stummes e. Der russische „Invalide“ hat beschlossen, dieses e zu beseitigen, und berechnet die daraus entstehende Ersparnis an Druckkosten auf jährlich 8000 Rubel oder 8 Prozent.

### Telegramme.

Warschau, 16. September. Per heutige „Dziennik pow.“ publicirt folgendes: Eine Anzahl Edelleute hielten illegale Versammlungen bei dem Grafen Pamowski; dieselben bereiteten eine Adresse vor, welche die bestehenden Institutionen überschreitende Forderungen enthalte. In Folge dessen ist Pamowski Yehuss Verantwortung vor dem Kaiser, nach Petersburg abgeschickt worden.

### Augekommene Fremde.

Vom 16. September.  
MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Amtsrichter und Rittergutsbesitzer Teichmann aus Sierostam, Oberamtmann v. Sänger nebst Frau aus Polajewo, Rittergutsbesitzer Bierbaum aus Rosnowo, Geheimer Rath Menzel aus Lipow, die Gutsbesitzer Wendt aus Sczepanowo, Grübel aus Napachanie und Pezel aus Dobrojewo, Gutsbesitzer und Lieutenant Beyer aus Storzevo, Frau Landschaftsrätin Beyer aus Ostrowo, Inspektor der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft Biele aus Magdeburg, die Kaufleute Kalb aus Hannover, Köster aus Königsburg, Edel aus Berlin, Kreis aus Weims, Kobinski aus Breslau, Delsner und Voigt aus Hamburg.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Oberkontrolleur Stopni nebst Frau aus Wreschen, Rittergutsbesitzer Klemm aus Klenka, die Kaufleute Wandl aus Breslau und Walter aus Dresden.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Plater nebst Frau aus Proch, v. Slawost aus Komorni und v. Zerowitsch aus Broza, Major a. D. v. Komis aus Stockholm, Frau Justizratin Strahler aus Wongrowiec, Baumeister Nan nebst Frau aus Lissa, Probst Juste aus Filehne, Particulier Baron v. Reichenheim aus Paris und Fabrikbesitzer Timolentz aus Konstantinopel.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Lieutenant in der 5. Artillerie-Brigade Meier aus Glogau, Gutsbesitzer Waligorski aus Rostworow, Baumeister Rohrbach aus Halle, die Kaufleute Schäfer aus Görlitz, Schöbel und Fabrikant Guhrauer aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Gehörarzt Dr. Lindner aus Liegnitz, die Privatiers v. Bodpol aus Rogalin und v. Raczyński aus Koźmin, Geistlicher Kasimirowski aus Balkow, die Gutsbesitzer Dr. Rabstki aus Józefow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Höhne aus Littauen, Graf v. Eichenheim aus Mitaun und v. Bojanowski aus Serejowice, Frau Gutsbesitzerin Gräfin Storzevska aus Czerniewo, Kammer-Rath Lindenau und Professor Ernst aus Braunsfelde, Bankier Israel aus Frankfurt a. M., die Kaufleute Brudhoff aus Malmö, Friedmann aus Breslau und Käfer aus Strzelno.

BAZAR. Doktor Bieliński aus Warschau, die Gutsbesitzer Graf Uniński aus Samostrzel, v. Radovitski aus Krzeszow, v. Bronikowski aus Wilno, Piotrowski und Ciccijsowski aus Polen, Frau v. Szczęsna aus Szczecin, Frau v. Lubiszewska aus Gembic, Fürstin Czartoryska aus Breslau und v. Radomska aus Dalejzyn.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Storażewski nebst Frau aus Wysoxa und v. Wołoszowski aus Gielow.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Käfer aus Kratoschin und Ehrlich aus Pleschen.

###

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

## Bekanntmachung.

Der Bedarf am Brennholz für den Winter 1862-63 für die königliche Regierung, das königliche Konsistorium, die beiden hiesigen königlichen Gymnasien incl. Alumnat, das königliche Schullehrer-Seminar und die königliche Kunstu-Schule zum ungefährten Betrage von 330 Klaftern Birkenholz,  
75 Klaftern Eichenholz,  
12 Klaftern Lebennholz

soll im Wege der Submission demjenigen überlassen werden, der das beste Material zu dem verhältnismäßig billigsten Preise liefert.

Da auf die im Termine am 2. d. Mts. abgegebenen Gebote und den von den erschienenen Submittenten gestellten Bedingungen nicht eingegangen werden kann, so haben wir zur Abgabe von Geboten einen anderweiten Termin auf

den 23. d. Mts.,

Vormittags 10 Uhr.

im Sitzungs-Zimmer der Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten des hiesigen Regierungsbauern vor dem Herrn Regierungs-Assessor von Waldow anberaumt und fordern Lieferungslustige auf, ihre schriftlichen Offeren vor dem Termine verliegt denselben zu übergeben.

Die Bedingungen können im Präsidialbureau eingesehen werden.

Auch ergebt an die Submittenten die Anforderung, im Termine auf die befragten Stunde zu erscheinen und beim Eröffnen der schriftlichen Offeren zugegen zu sein, indem Nachgebote oder später eingehende Offeren unberücksichtigt bleiben und der Termin geschlossen ist sobald die gesetzliche Verhandlung von den Submittenten vollzogen worden ist.

Posen, den 14. September 1862.

Königliche Regierung.

Zoo.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 94 Kaufmann Andreas Frankowski zu Gnesen als Inhaber der Firma Andreas Frankowski hierorts aufsche Verfügung vom 10. d. Mts. an demselben Tage eingetragen.

Gnesen, den 10. September 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, Erste Abtheilung,

den 9. September 1862, Nachmittags 1 Uhr. Über den Nachlass des zu Lubowa verstorbenen Krügers Nepomuk v. Popowski ist der gemeinsame Konkurs im abgerückten Verfahren eröffnet.

Bann einstweiligen Verwalters der Masse ist der Justizrat Kwadinski hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 25. September c.

Vormittags 11 Uhr

in unserem Instruktionszimmer vor dem Kommissar, Kreisrichter Herrn Schmack, anberaumte Termine die Erklärungen über ihre Verteilung zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verübt haben, wird aufgegeben, nichts an dessen Erben zu verabholen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 18. Oktober c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalters der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, eben dahin zum Konkursmaße abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, die selben mögen berechtigt rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

18. Oktober c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 22. Oktober c.

Vormittags 11 Uhr

in unserem Instruktionszimmer vor dem ge-nannten Kommissar zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einem am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechneten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Justizräthe Bernhard, Kellermann und der Rechtsanwalt Elster zu Sachwaltern vorgetragen.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen des Mitlenbeitzers Johann Drewitz in Schneidemühl ist durch Aufford beendet.

Schneidemühl, am 6. September 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Schwarzviehändlers Joseph Tylewicz in

Krotoschin ist der Rechtsanwalt Arnold zu Krotoschin zum definitiven Verwaltter der Masse bestellt worden.

Krotoschin, den 18. September 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Erkenntniß.

In der Injurien-Prozeßsache des Bäckermeisters August Merker zu Posen, Klägers

wider den Bäckermeister Alexander Fliege

dieselbst, Berglagten, hat das königliche Kreisgericht, Kommission für Injurien-Prozeßsache, zu Posen, am 2. Juli 1862 den Alten und der mündlichen Verhandlung gemäß

für Recht erkannt: daß der Verklagte der öffentlichen Verlämung der klägerischen Ehefrau schuldig und deshalb mit einer Geldbuße von 10 Thlr. event. 10 Tage Gefängnis zu bestrafen, den Kläger auch für berechtigt zu erachten, binnen 4 Wochen nach beobachteter Rechtsstrafe des Erkenntnisses, dasselbe auf Kosten des Verklagten zu machen. Der Deutsche Polener Zeitung bekannt zu machen und der Verklagte die Prozeßkosten zu bezahlen gehalten.

Von Rechts wegen.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Kommission für Injurien-sachen.



Bekanntmachung  
an alle  
die Leipziger Messen besuchenden  
Verkäufer.

Um Verzögerungen und Weiterungen bei der Ausführung und Abnahme von Messgütern zu vermeiden, ersuchen wir:

die Frachtrümpfe nur an zur Zeit der Ankunft der Güter hier anwesende oder dominante Empfänger zu stellen, so wie wegen sofortiger Zahlung der Fracht und Spesen Vorsorge zu treffen.

Güter, die während der Meissperiode "Bahnhof restaurante" gestellt, oder an solche Adressen gerichtet sind, welche die sofortige Abnahme gegen Zahlung der Fracht und Spesen nicht bewirken können oder wollen, (z. B. an eigene Adressen auf Meistände, an Hausemänner &c. &c.) werden auf Kosten und Gefahr der Verkäufer, resp. der Adressaten an ein hiesiges Speditionshaus oder an das städtische Lagerhaus abgegeben, da es während der Messen zur Aufbewahrung solcher Vorrätsendungen Raum gebreit.

Leipzig, im August 1862.

Die königliche Direktion der Sächs. Westl. Staats-Eisenbahn.

Das Direktorium der Magdeburg-Leipziger Bahn.

Die Direktion der Thüringischen Eisenbahn.

Das Direktorium der Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Die Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn.

## Waldverkauf.

Es wird ein Käufer zu einer mit verschiedenem Holze und namentlich mit Eichen gut bestandenen, in der Gegend zwischen Neustadt b. P., Burk und Grätz belegenen Waldparzelle von über 156 Morgen Magd. gesucht. Nähere Mittheilung darüber wird auf portofreie Anfrage ertheilt.

der Rechtsanwalt und Notar Gromadzinski zu Grätz.

## Haarlemer Blumenzwiebeln

billigt zu haben  
in der Pflanzen- und Samenhandlung von Bernhard Thalacker in Erfurt.

Um den verehrten Blumenfreunden die Auswahl zu erleichtern und dieselben billig zu bedienen, stelle ich nachfolgende Blumenzwiebel-Sortimente zusammen und empfehle dieselben als etwas Vorzügliches.

Sortiment I. Ein Dutzend Hyazinthenzwiebeln in besten Römmel, 1/2 Dutz. frühe einfache und 1/2 Dutz. frühe gefüllte Tulpen, 1 Dutz. späte Tulpen in besten Römmel, 3 Stück Tazetten, 3 Stück Narzissen, 3 Stück Jonquillen, 1 Dutz. Kerofus in allen Farben, 6 Stück Anemonen in besten Römmel.

Außerdem werden 6 Stück schöne Topfrosen zum Autreiben für den Winter gratis beigelegt.

Sortiment II. Ein Dutzend Hyazinthenzwiebeln in den schönsten Sorten und für 3 Thlr. 15 Sgr. inkl. Farben. Zwei Dutz. Tulpen in schönen einfachen und gefüllten Sorten. Ein Dutzend diverse schöne Blumenzwiebeln (Tazetten, Narcissen, Jonquillen &c.)

Sortiment III. 25 Stück Hyazinthenzwiebeln in schönen Sorten und Farben, für 7 Thlr. 25 Sgr. inkl. 50 = Tulpen in schönen einfachen und gefüllten Sorten! Emballage und Röste. 100 = Kerofus in verschiedenen schönen Farben.

100 = Ramunkeln, d. s. schöne Sorten. 25 = diverse schöne Blumenzwiebeln (Tazetten, Narcissen, Jonquillen &c.)

Außerdem werden 1 Dutz. schöne Topfrosen zum Autreiben für den Winter gratis beigelegt.

Sortiment IV. 100 Stück Hyazinthenzwiebeln in 50 schönen Sorten, für 23 Thlr. 15 Sgr. inkl. 200 = Tulpen in 25 schönen Sorten. Emballage und Röste. 200 = Kerofus in schönen Farben.

50 = Anemonen in einfachen und gefüllten Sorten. 50 = diverse Blumenzwiebeln (Tazetten, Narcissen, Jonquillen, Ramunkeln &c.)

Außerdem werden 25 Stück Topfrosen in schönen Sorten zum Autreiben gratis beigelegt.

Die verschiedenen Sorten müssen meiner eigenen Wahl überlassen bleiben, etwaige Wünsche der verehrten Auftraggeber werde ich nach Möglichkeit gern berücksichtigen.

Verzeichnisse über Haarlemer Blumenzwiebeln werden auf Verlangen gratis und franko eingesendet. Das Hauptverzeichniss über Gemüse, Feld- und Blumenarten, über Rosen und Nelken &c. erscheint Ende Dezember. Brief franko.

Bernhard Thalacker in Erfurt.

In dem Konkurs über das Vermögen des Schwarzviehändlers Joseph Tylewicz in

Se. Excellenz der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat uns eine von den kaufmännischen Begleitern der ostasiatischen Expedition eingefundene Proben- und Meistersammlung von Gewerbaaren zugesehen lassen.

Wir segen hiervon das an dieser Sendung Interesse nehmende Publikum mit dem Bemerk in Kenntniß, daß die betreffenden Gegenstände während der nächsten acht Tage Vormittags von 9 bis 11 Uhr im Handelssaale zum Ansicht ausliegen.

Posen, den 16. September 1862.

Die Handelskammer.

## Polizeiliches.

Als mutmaßlich gestohlen sind polizeilich in Beschlag genommen worden:

vier kleinere und eine größere Untertasse von Porzellan, auf jeder im Innern der Name "Salzbrunn", ein Portemonnaie mit Stahlbügel, worin 7½ Sgr., eine braune Angorafacke und ein Getreidefack, A. Becher gezeichnet.

Mr. W. Loewenberg's reorganisierte

Mädchenstube (Friedrichstraße 19) empfiehlt sich zur Aufnahme von Schülerinnen jedes schulpflichtigen Alters. Näheres aus Prospekten.

**Die Gummi- und Guittaperchawaaren-Fabrik**

Durch persönlich vortheilhafte Einkäufe in Paris, Brüssel und anderen großen Städten ist unser **Purz- und Modewaaren-Geschäft** wiederum mit den neuesten und geschmackvollsten Purzgegenständen ausgestattet und empfehlen solche zu den solidesten Preisen; auch werden dasselbe alte Hüte nach den neuesten Pariser Modellen umgearbeitet.

**Geschw. Herrmann, Wilhelmstr. 22**

Die Gummi- und Guittaperchawaaren-Fabrik  
von  
**François Fonrobert, Berlin,**

61, Friedrichsstraße 61 und 15 Anhaltische Straße 15,

Fabrik und Comtoir 41 Grabenstraße 41,

hält Lager zur Messe in Leipzig

am Markt, 15. Reihe (Augsenreihe) Nähe dem Gebäude der Katharinenstraße (alte Waage) gegenüber,

Frankfurt a. O. am Markt, Oderstrasse 19.

Ein Herren-Garderobegeschäft ist aufs Beste assortirt und empfehle ich dies einem gebreiten

Publikum zur geneigten Beachtung. In Stoffen modernster Art ist stets die

größte Auswahl vorhanden und werden Bestellungen sofort ausgeführt.

**W. Tunmann, Kleiderverfertiger,**

Markt 55, vom 1. Oktober ab Markt 7, neben der **Pfälzerischen Konditorei.**

**Flanelle, Trifaden, Manteln und allen Anzügen, in allen Farben, bei**

**S. H. Korach, Wasserstraße 30.**

**Doublestoffe (Düffels) zu Jacken u.**

**Manteln und allen Anzügen, ebenso fertige Herbst u. Winter-**

**mäntel, Paletots und Jacken eigener Fabrik en gros und en detail bei**

**S. H. Korach, Wasserstraße 30.**

Auch mache auf meine holländischen Ge-

sunftsbedürfnisse aufmerksam à 4, 5 und 6 Thlr. pro Paar.

Das anerkannt beste Toilettemittel, welches die Kopfhaut von allen Schi- nen befreit, das lästige Jucken befreit, und das Ausfallen der Haare sofort unterbricht, ist wohl das

**bewährte Schuppenwasser**

aus der Fabrik von Hutter & Co.

In unserem Verlage sind erschienen:

# Comtoir-Wandkalender

für 1863.

Im Dutzend 24 Sgr., einzeln 2½ Sgr.

**W. Decker & Co.**

**Ignatz Pajewski**, Wallischei 92, unterm Neb., übernimmt Pränumeration auf die "Posener Zeitung", die "Gazeta W. Xie- stwa Poznańskiego", sowie auf alle auswärtigen Zeitungen und Zeitschriften. Sein vorgerücktes Alter wird keine Hemmung im vienfachen Expedieren und Bringen der Blätter verursachen, indem junge Birschen ihm zur Ausübung dienen, weshalb er ferneres gütiges Vertrauen erbittet.

**Preuß. Lotterielose**, ganze, halbe und viertel werden zum Kostenspiel verändert durch den Kfm. D. Bonheim in Berlin, Breslauerstr. 15 sind 2 mögl. St. zu verm. Ein Fuß tiefer Keller ist große Ritterst. 1 von Michaelis ab zu verm. Gr. Gerberstr. 11 ist eine Wohnung von 2 Stuben, Küche, Kammer und Keller zu vermieten und zum 1. Oktober zu beziehen. **Wettiner.**

Se. Excellenz der Herr Oberpräsident der Provinz Posen hat mittels Verfügung vom 19. August c. dem Verein zur Unterstützung von Defizitärbeamten im Großherzogthum Posen die staatliche Genehmigung auf Zeit ertheilt. Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringen, fordern wir alle Männer dieses Instituts und der Landwirtschaft überhaupt — da der freien Entwicklung des Unternehmens nunmehr kein Hinderniss mehr im Wege steht — auf: durch ihren Eintritt in die Gesellschaft als Ehrenmitglieder die dem Gemeinwohl gewidmeten Vereinszwecke fördern zu helfen; diejenigen Wirtschaftsbeamten aber, die aus dieser Vereinigung direkten Vortheil genießen wollen, sich ihr als Ordentliche Mitglieder anzuschließen.

Die angemessene Aufnahme der Beitragsgeneigten bewerkstelligen die Vorstände der Föderationen in den Kreisen und nehmen zu diesem Ende Meldungen an:

Im Kreise Bat: Hr. Chrzanowski in Wojnowice bei But,

Kosten: Hr. Stan. v. Chlapowski auf Szoldry bei Czempin, und dito. Hr. Cta. Laskowski in deutscher Presse bei Kosten, Kröben: Hr. Konst. v. Szczaniecki auf Laszyn bei Ramic, Dobroński: Hr. Stan. v. Lubieński auf Bndziszewo bei Rogafen, Schildberg: Hr. Pfarrer Klemezyński in Kottowo bei Witzstadt, Pleschen: Hr. Jul. v. Taczanowski auf Kucłowo bei Pleschen, und dito. Hr. Stan. Szczaniecki auf Storaczei bei Xions, Posen: Hr. R. Giersch in Posen, Graben Nr. 25, Schrimm: Hr. v. Karsnicki auf Eichen bei Xions, und dito. Hr. Chrzanowski in Rogalin bei Kurnit, Schröda: Hr. Max v. Radzimski auf Idziechowice bei Schröda, Samter: Hr. Mieczy. v. Kwilecki auf Sporowo bei Wronie, Wreschen: Hr. Anton v. Jackowski auf Pełczyn bei Miloslaw, dito. Hr. Kubicki in Miloslaw, Frankstadt: Hr. v. Szczawiński auf Brylewo bei Lissa, Czarnikau: Hr. v. Swinarski auf Krujewo bei Czarnikau, Gnesen: Hr. Arndt auf Artuszwie bei Gneien, Inowrocław: Hr. v. Modlinski auf Walentynowo bei Luisenfelde und dito. Hr. Adam Budzinski in Inowrocław, Mogilno: Hr. Podlewski in Padniewo bei Mogilno, Wongrowitz: Hr. v. Buchowski auf Pomarzanitz bei Klecko, und dito. Hr. N. Szuman auf Kujawki bei Wongrowitz, Wenz: Hr. Adolf v. Kocezowski auf Dembno bei Kobenz.

Geschäftsgebäude des Centralvereins:

**Posen: Barlebenhof Nr. 1.**

Secretary: E. v. Kierski.

Posen, den 13. September 1862.

**Das Vereins-Direktorium.**

K. v. Karsnicki auf Myski. R. Giersch in Posen. H. Szuman auf Althütte.

F. Wize zu Michorzewo.

M. 17. IX. 1/2 A. III. M. C. u. B.  
u. eodem 7 A. B. i. II.

**Lambert's Garten.**

Mittwoch den 17. d. Mts. großes Konzert von der Kapelle des Grenad. Regts. Nr. 6 und auf allgemeines Verlangen Extravestellung der Nordamerikanischen Lusttänzer- gesellschaft mit ganz neuen Abwechslungen. Anfang 6 Uhr. Entrée 2½ Sgr.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau

Wanda geb. Keller von einem Knaben

glücklich entbunden.

Pleschen, den 14. September 1862.

Lohmann, Kreisrichter.

Statt besonderer Meldung.